Donnerstag, den 24. November 1932

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 325. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.— Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

10. Jahrg.

Polnisch-russisches Schlichtungsabkommen unterzeichnet.

Moskau, 23. November. Im Außenkommissariat wurde am Mittwoch das polnisch-russische Schlichtungsabkommen unterzeichnet, das einen Teil des polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages bildet, der am 25. Juli in Moskau unterzeichnet wurde.

Die russischen amtlichen Stellen erklären, die Bereitwilligkeit Polens zum Abschluß des Schlichtungsabkommens beweise, daß es entschlossen sei, den Vertrag auch ohne das Zustandekommen des russisch-rumänischen Nichtangriffsvertrages zu ratifizieren.

Berufungsklage der Verteidigung im Brest-Prozeß.

Nachdem, wie berichtet, der Staatsanwalt im Brest-Prozeß gegen das Urteil Berufung eingelegt hat, haben nunmehr gestern auch die Verteidiger der Verurteilten eine Berufungsklage gegen das Urteil eingereicht.

Die „Lodzer Volkszeitung" wieder beschlagnahmt.

Nachdem unser Blatt in der vorigen Woche erst zwei Konfiskationen erdulden mußte, wurde die gestrige Ausgabe auf Anordnung des Staatsanwalts wiederum beschlagnahmt. Grund für das gestrige Vorgehen gegen uns war die Meldung über den Ausbruch des Bauernstreiks in der Lodzer Wojewodschaft und den Boykott der Lodzer Märkte durch die Landwirte.

Worin bei dieser Meldung ein Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften erblickt werden kann, ist für uns ein unlösbares Rätsel. Ebenso rätselhaft ist es uns, wie man das mit Pressefreiheit vereinbaren kann . . .

Hitler gescheitert.

Das Frage- und Antwortspiel beendet.

Der Führer der nationalsozialistischen Partei Deutschlands Adolf Hitler hat den indirekten Auftrag des Reichspräsidenten Hindenburg, eine parlamentarische Mehrheit für eine neue Reichsregierung mit festem Programm zu schaffen, gestern unerledigt zurückgeben müssen. Hitlers Antwort an den Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, weist darauf hin, daß die Bildung einer parlamentarischen Regierung nach seiner Ansicht unmöglich sei, und übrigens sei es auch nicht erwünscht, den parlamentarischen Boden zu betreten, nachdem man ihn glücklicherweise (!) einmal verlassen hat. Trotzdem ist er und seine Partei aber weitgehendst bereit, sich der Bildung einer Präsidial-Regierung zur Verfügung zu stellen.

Um zu diesem Entscheid zu kommen, hat sich seit Montag morgens ein Frage- und Antwortspiel zwischen Hitler und Reichspräsident bzw. dessen Kanzler entsponnen, hinter dem die wahren Absichten verschwinden sollten. Die Bedingungen und Vorbehalte des Reichspräsidenten sind Hitler nach der mündlichen Erteilung des indirekten Auftrags zur Regierungsbildung schriftlich fixiert erteilt worden. Hitler stellt auf schriftlichem Wege Rücksprachen an Staatssekretär Meißner, weil es doch nicht angängig ist, den Reichspräsidenten direkt zu fragen. Der Staatssekretär antwortet ausführlich mit dem Hinweis, daß der Gedanke einer Präsidial-Regierung — einer Regierung, die vom Reichspräsidenten und nicht vom Reichstag abhängig sei — es ausschließe, daß sie vom Führer einer politischen Partei gebildet werde. Und Hitler antwortet nun wiederum schriftlich, schon gestern, trotzdem ihm bis Donnerstag Zeit gelassen wurde, daß er nicht imstande sei, eine Regierung, wie sie Hindenburg wünscht, auf parlamentarischem Grunde zu bilden. Hierbei unterläßt er es aber nicht, seine Ansicht über die Bildung einer Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Und so ist aus einem Frage- und Antwortspiel keine Reichsregierung gefolgt.

Die „angestrebte" parlamentarische Mehrheit konnte nur aus den Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Zentrum, Bayrische Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gebildet werden. Sie sollte die „nationale Konzentration" darstellen, für die noch der zurückgetretene Kanzler Papen nach seiner Art der Fürsprecher gewesen ist, und die von den deutschen Rechtskreisen als einzig erstrebenswert angesehen wird. Die „nationale Konzentration" ist aber seit längerer Zeit bereits eine sehr fragliche Angelegenheit, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die in Harzburg geschlossene Front der Nationalsozialisten und Deutschnationalen bereits seit langem nicht mehr besteht. Denn seit der Schaffung der Harzburger Front haben sich Nationalsozialisten und Deutschnationale bereits auf Messer und Revolver bekämpft, hat Hindenburg die Deutschnationalen protegiert, war die Regierung Papen der Machtausdruck der verhältnismäßig kleinen deutschnationalen Partei im Reiche und in Preußen. Aber auch die anderen Parteien, die Bestandteile der „nationalen Konzentration" sein sollten, hat bei der beabsichtigten Bildung einer neuen Reichsregierung weniger die Liebe für die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten geleitet als der Wunsch, zu einer parlamentarischen Regierung zu gelangen.

Hitler, der Führer, wie er von den Nationalsozialisten genannt wird, mußte die Hoffnungen und Erwartungen seiner Anhänger wieder einmal zunichte machen. Am 13. August d. Js. wollte Hitler die Alleinherrschaft im Reich, man bot ihm aber das Postministerium an; heute wollte er sich nur mit dem Anteil am Regieren begnügen, der der Stärke seiner Partei entspricht. Seinerzeit hat er den Bogen überspannt, heute haben ihn die Deutschnationalen [illegible]tgenbergs an Hitler, bei der Bil-

Zloty-Streit einem Dreierausschuß überwiesen

Entscheidung in den nächsten Tagen zu erwarten.

Genf, 23. November. Der Völkerbundrat beschloß am Mittwoch in öffentlicher Sitzung, zur Behandlung des Antrags des amtierenden Danziger Völkerbundkommissars über die Frage der Rechtmäßigkeit der Zloty-Verordnung der polnischen Regierung für die Danziger Eisenbahnen, einen engeren Ausschuß einzusetzen, der aus dem englischen Außenminister Simon, dem norwegischen Außenminister Braadtland und dem Pariser spanischen Botschafter Madariaga besteht.

Simon betonte, daß es sich hierbei um eine **Frage von größter Bedeutung handele,** die eingehend geprüft werden müsse. Er schlug dem Rat vor, festzustellen, daß der Völkerbundkommissar durchaus korrekt gehandelt habe, indem er diesen schwerwiegenden Fall vor den Rat brachte. Nach dem Vorschlag Simons soll der Dreierausschuß bereits in den nächsten Tagen dem Völkerbundrat einen Vorschlag machen.

Vermittlungsversuch Simons.

In englischen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der englische Außenminister versuchen wird, auf diplomatischem Wege eine Einigung in dieser Angelegenheit zwischen Danzig und Polen herbeizuführen.

Ein Regierungsbeobachter bei „Scheibler und Grohman".

Angesichts dessen, daß die Regierung in der Firma von Scheibler und Grohman finanziell ziemlich stark engagiert ist, wurde für die Firma ein Finanzbeobachter ernannt. Es ist der ehemalige stellv. Hauptdirektor der Landeswirtschaftsbank Waclaw Konderski.

Nationale Konzentration gescheitert.

Hitler findet keine Mehrheit.

Er kann der Bedingung Hindenburgs bezüglich einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht entsprechen und macht Gegenvorschläge.

Berlin, 23. November. Amtlich wird mitgeteilt: Die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde heute 18.30 Uhr nachmittags durch den Reichstagspräsidenten Göring dem Staatssekretär Meißner übergeben. Der 7½ Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Hitler den vom Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit festem einheitlichen Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Absage verbindet Hitler einen Gegenvorschlag, der zurzeit dem Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

Berlin, 23. November. Das Antwortschreiben Hitlers ist nicht an den Reichspräsidenten, sondern wiederum an Dr. Meißner gerichtet. Das Schreiben, das, wie auch aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, im 1. Teil die Ablehnung des Auftrags in der vom Reichspräsidenten gewünschten Form darstellt, enthält in einem zweiten Teil **positive Anregungen,** die im wesentlichen in dem **Vorschlag der Betrauung Hitlers mit der Führung des Reichskabinetts** gipfelt, wobei jedoch, wie von nationalsozialistischer Seite verlautet, den sonstigen Bedingungen des Reichspräsidenten, soweit sie sich nicht auf Forderung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung beziehen, weitestgehend Rechnung getragen wird. Das würde praktisch bedeuten, daß Hitler die **vom Vertrauen des Reichspräsidenten** getragene Führung des Kabinetts als solche durch ihn, Hitler selbst, in Vorschlag bringt, die übrigen Mitglieder des von Hitler geführten Kabinetts sich jedoch ebenso auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützen und **nicht von Parteien gestellt** werden sollen. Eine solche Regierung würde der Art des Brüningkabinetts ähneln, das gleichfalls nachträglich den Reichstag vor die Entscheidung über die Stellungnahme gegenüber dem Kabinett und seinen Maßnahmen gestellt hat.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß der Reichspräsident noch heute, Mittwoch abend, eine endgültige Entscheidung trifft. Vielmehr glaubt man in unterrichteten Kreisen, daß die Verhandlungen weitergehen werden, jedoch nicht in Fortführung des bisher geführten Briefwechsels.

Was wird Hindenburg tun?

Berlin, 23. November. Es liegt nun wieder völlig beim Reichspräsidenten, in welcher Form sich nach dem Antwortschreiben Hitlers die Verhandlungen über die Regierungsbildung weiterhin vollziehen sollen. Von einer Fortsetzung des Schriftwechsels verspricht man sich jedenfalls, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, nichts. Der Reichspräsident sei gewillt, eine Lösung zu finden. Er halte aber auch jetzt noch daran fest, daß gemäß seiner Rücksprache mit den Parteiführern eine parlamentarische Regierungsbildung durch Hitler möglich gewesen wäre. In der ersten Aussprache mit dem Reichspräsidenten habe Hitler die Möglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zu bilden, bejaht. In unterrichteten Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der Reichspräsident nun noch einmal die Führer anderer Parteien empfangen wird, um volle Klarheit zu schaffen.

dung einer parlamentarischen Regierung teilzunehmen, zum Fall gebracht. Hitler ist dadurch in eine nicht beneidenswerte Lage geraten, denn nach so vielen feierlichen Prophezeiungen und Proklamationen, nach der wiederholten Prolongation des Versprechens der nunmehr endgültigen Machtübernahme wollen seine Anhänger endlich die Erfüllung sehen. Hitler konnte daher nicht sofort eine klare Antwort auf den indirekten Auftrag zur Regierungsbildung dem Reichspräsidenten geben. Er mußte sich für ein Fehlschlagen seiner Mission eine Position schaffen; daher auch die schriftlichen Rückfragen und losen Besprechungen, um Argumente für den hinterher entbrennenden Streit um die Schuldfrage wegen des Scheiterns der „nationalen Konzentration" zu haben.

Der deutschnationale Hugenberg, der Vertreter der „Herren" und der Junker und Barone, Kanzler a. D.



Adolf Hitler

v. Papen haben ihrerseits alles getan, um weiterhin an der Macht zu bleiben. Ihr überaus starker Einfluß auf Hindenburg wurde benutzt, um den Boden reif zu halten für eine Neuauflage des Kabinetts der Barone. Man glaubt jetzt den Beweis erbracht zu haben, daß, nachdem die Bemühungen Hitlers, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu bilden, erfolglos waren, nur die Bildung einer Präsidial-Regierung, einer Regierung bei Ausschaltung des Willens des Volkes und der parlamentarischen Kontrolle möglich sei.

So sieht die Situation für die Bildung einer Reichsregierung nach der Beendigung des Frage- und Antwortspiels zwischen Hitler und Hindenburg aus! E. Z.

Niederlage der Danziger Regierung.

Das Ermächtigungsgesetz aufgehoben.

Danzig, 23. November. Im Danziger Volkstag wurde am Mittwoch der nationalsozialistische Antrag auf sofortige Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes für die Regierung mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten und Polen angenommen. Die Regierungsparteien beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Um die Gleichberechtigungsfrage.

Genf, 23. November. In maßgebenden englischen Kreisen nimmt man an, daß Anfang nächster Woche Deutschland, England, Frankreich und Italien mit einem amerikanischen Beobachter zu nichtamtlichen Besprechungen über die Gleichberechtigungsfrage zusammentreten werden.

Die Londoner „Times" schreibt zu den Genfer Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsfrage, es handelt sich jetzt darum, eine Formel zu finden, die den Deutschen die Gleichberechtigung zugesteht, ohne den französischen Plan beiseite zu schieben, der zwar die Anerkennung der Gleichberechtigung in sich schließe, diese jedoch von der Annahme der übrigen Teile des Planes abhängig mache.

Aus Paris wird nichtamtlich gemeldet: Frankreich ist bereit, sofort öffentliche Verhandlungen einzuleiten. Es ist ihm jedoch unmöglich, in bezug auf einen Punkt Ja zu sagen und das in der Schwebe zu lassen, was das notwendige Gegenstück zu diesem Punkt darstellt. Das französische Wort kann nur unter Vorbehalt einer späteren allgemeinen Einigung gegeben werden. Das scheint man in anderen Delegationen nicht zu verstehen. Man drängt Frankreich, Zugeständnisse zu machen, um den Mechanismus wieder in Gang zu bringen, selbst wenn man Frankreich später wieder desavouieren muß.

Unterredung Neurath-Henderson.

Genf, 23. November. Reichsaußenminister v. Neurath hatte heute vormittags eine Unterredung mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson und dem italienischen Hauptdelegierten Aloisi.

100 Personen ertrunken.

Im oberen Tal des Rio Magdalena (Kolumbien) sind bei einem Hochwasser etwa 100 Personen ums Leben gekommen.

Amerika unnachgiebig.

Die Dezemberschuldenrate muß bezahlt werden.

Washington, 23. November. **Der bisherige Verlauf der Aussprache zwischen Hoover und Roosevelt über das Schuldenproblem ist negativ. Der amtliche Bericht besagt über die Einzelheiten der Besprechungen nichts, doch ist die Unwilligkeit Roosevelts zu einer entscheidenden Aktion vor der Amtsübernahme unverkennbar.**

In eingeweihten Kreisen ist man der Auffassung, daß nach Erfüllung der im Dezember fälligen Rate der Weg zu einer Prüfung des Schuldenproblems im nächsten Jahre frei werde und die Herabsetzung der Schuldsumme auf die ungefähre Höhe der deutschen Reparationszahlungen wahrscheinlich ist.

Washington, 23. November. Präsident Hoover gab am Mittwoch eine offizielle Erklärung ab, daß die Schuldnerländer keine Gründe darlegten, die einen Schuldenaufschub nach den in den Vereinigten Staaten festgelegten Grundsätzen rechtfertigen. Hoover hat die europäischen Schuldnerstaaten benachrichtigt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Schuldenzahlungen am 15. Dezember erwartet.

Washington, 23. November. Roosevelt verbrachte zusammen mit Präsident Garner den großen Teil des Tages in Verhandlungen mit den demokratischen Parteiführern. Diese sprachen sich einstimmig gegen jede Schuldenerleichterung aus. Wie verlautet, soll Hoover Roosevelt dahin unterrichtet haben, daß **England die Dezemberrate zahlen,** danach aber seine weiteren Zahlungen einstellen würde. Ferner hört man, daß die kommende Roosevelt-Regierung den Schuldnerländern Handelserleichterungen zubilligen wird, um sie dadurch in die Lage zu setzen, ihre Schulden zu begleichen.

Englisch-französische Front.

Schuldenaussprache zwischen Herriot und Lord Tyrrell.

Paris, 23. November. Ministerpräsident Herriot hatte am Mittwoch vormittag eine einstündige Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris Lord Tyrrell. Obgleich über den Gegenstand der Unterredung nichts verlautbart wurde, betont man in gut unterrichteten politischen Kreisen, daß es sich um die englisch-französische Schuldenregelung gegenüber Amerika gehandelt habe.

Der von einer Englandreise nach Paris zurückgekehrte ehemalige französische Finanzminister Flandin erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris", wenn Amerika den französischen Moratoriumsantrag und die Verhandlungen darüber ablehne, würde vielleicht die Lausanner Konferenz aufs neue zusammenberufen werden müssen. Jedenfalls sei es gewiß — ohne daß darin die geringste Absicht der Schaffung einer europäischen Einheitsfront gegen Amerika liege — daß die englische Regierung sich mit der französischen Regierung verständigen müsse.

Herriot in Nöten.

Die Kammer lehnt Schuldenzahlungen entschieden ab.

Paris, 23. November. Die französischen Minister traten am Mittwoch nachmittag zu einem Kabinettsrat zusammen. Amtlicherseits erklärt man, daß über die auf der Tagesordnung der Kammer stehenden Fragen ein Meinungsaustausch stattgefunden habe. In gutunterrichteten politischen Kreisen betont man hingegen, daß das Kabinett seine Haltung in der Schuldenfrage festgelegt habe. Man vermutet, daß der englische Botschafter Herriot dahin unterrichtet hat, daß **die englische Regierung im Falle einer ablehnenden Haltung Amerikas ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen** werde. Da auch Italien den Fälligkeitstermin einzuhalten beabsichtigt, gerät Herriot in eine sehr heikle Lage. Die französische Kammer lehnt jede Zahlung ab, wenn sie nicht durch deutsche Zahlungen ausgeglichen ist. Zu den Schwierigkeiten, in die das Kabinett durch die Haushaltsberatungen gerät, und die sich sehr leicht in eine offene Krise verwandeln können, gesellen sich nunmehr auch noch diejenigen der Durchführung des Mellon-Beranger Abkommens, die die Regierung in einen ernsten Konflikt mit den „geheiligten" Verträgen bringen.

Roosevelts innerpolitisches Programm

Bierausschank wird zugelassen.

Washington, 23. November. Das Programm, das der neue Präsident der Vereinigten Staaten Roosevelt in seinen Besprechungen mit den demokratischen Führern darlegte, enthält u. a. Gesetzentwürfe für eine Unterstützung der Landbevölkerung, eine starke Herabsetzung der Staatsausgaben und ein Gesetz über den Ausschank von Bier.

Der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses John Garner hat Roosevelt bereits mitgeteilt, daß der Kongreß in der nächsten Sitzungsperiode ein Gesetz annehmen werde, wonach der Verkauf von Bier mit einigen Einschränkungen gestattet werde. Es sei jedoch unsicher, ob Hoover dieses Gesetz unterzeichnen wird.

Theorie und Praxis.

Englands Handelsminister über Zoll- und Handelsbeschränkungen.

London, 22. November. Der englische Handelsminister Runciman warnte in Newcastle-on-Tyne vor den Gefahren der Zoll- und Handelsbeschränkungen, die im Gegensatz zu den Aeußerungen der englischen Nationalregierung stehen. Der internationale Handel, so führte Runciman u. a. aus, ist nicht nur durch die Devisenkontrolle im Auslande, sondern auch durch die Zollschranken, Kontingentierungen und andere Maßnahmen behindert, alles Versuche, eine steigende Flut zurückzuhalten, die möglicherweise alle diese Hindernisse über den Haufen werden würde, was eine finanzielle Katastrophe bedeuten würde. Sobald wir in die Welt der hohen Zölle eintreten, setzen wir gerade der Freiheit des internationalen Austausches ein Ende, der die Hauptsache für die englische Industrie und den englischen Handel ist. Runciman sprach sich dann weiter über die Schwierigkeiten der Devisenbeschränkungen und Währungskontrolle in den ausländischen Staaten aus. Er sehe nur eine Möglichkeit, die internationalen Finanzschwierigkeiten zu beheben, und das sei die Rückkehr zu einem natürlichen Zustand.

Japanisch-chinesisches Wortgefecht vor dem Rat.

Genf, 23. November. Der Völkerbundrat hat heute nachmittag den größten Teil seiner Beratungen den Auseinandersetzungen zwischen dem japanischen und dem chinesischen Delegierten zum Lytton-Bericht gewidmet. Der japanische Delegierte Matsuoka griff aus den vorgestrigen Erklärungen des chinesischen Vertreters eine Reihe von Punkten heraus, gegen die er zum Teil in scharfer Form polemisierte. Er legte wiederum größten Nachdruck darauf, daß Japan in Notwehr gehandelt und daß sich sein Vorgehen innerhalb des Kellogg-Paktes gehalten habe. Japan ist keineswegs aggressiv.

Der chinesische Delegierte Wellington Koo wies die japanischen Vorwürfe teils entschieden, teils ironisch zurück.

Unter Vorbehalten des japanischen Vertreters beschloß der Völkerbundrat, die Lytton-Kommission zu ersuchen, sich darüber schlüssig zu werden, ob sie nach den Erklärungen der chinesischen und der japanischen Regierung Anlaß sehe, ihren Bericht abzuändern oder zu ergänzen.

In der Mandschurei aber Kämpfe.

Charbin, 23. November. Die Japaner setzen ihre Bemühungen zur Eroberung der Mandschurei fort. Ein heftiger Kampf zwischen 35 000 chinesischen Freiwilligen und japanischen Truppen, die anscheinend gleich stark sind, ist gegenwärtig im Gange. Die Japaner melden die Eroberung der Stadt Poitschan in der Provinz Hailungkiang nach einem heftigen Kampfe. Die Chinesen behaupten dagegen, noch im Besitze dieser Stadt zu sein.

Chinesische Regierung wieder in Nanking.

Nanking, 23. November. Die chinesische Nationalregierung wird am 1. Dezember ihren Sitz in Loyang wieder nach Nanking zurück verlegen. Ende Januar d. J., als die Japaner die Küstenstadt Schanghai bombardierten, hatte die chinesische Regierung ihren Sitz aus Sicherheitsgründen von Nanking, das wie Schanghai am Yangtse-Fluß liegt, mehr in das innere des Landes nach Loyang verlegt.

Wie England mit der Arbeitslosigkeit kämpfen will.

London, 23. November. Die englische Presse beschäftigt sich am Mittwoch anläßlich der Ausführungen Macdonalds im Unterhaus ausführlich mit der Arbeitslosenfrage, wobei die Pläne der Regierung eingehend betrachtet werden. Es wird festgestellt, daß in der letzten Zeit ein besonderer Unterausschuß des Kabinetts eingesetzt worden ist, der zusammen mit Sachverständigen eine Reihe von Vorschlägen bearbeitet. Einer dieser Vorschläge, den Macdonald bereits wiederholt erwähnte, ist die Beschäftigung von Arbeitslosen durch einen Ausbau des Systems der Kohleverflüssigung (Gewinnung von Benzin und Rohöl aus Kohle), wodurch gleichzeitig der englischen Kohlenindustrie Hilfe geleistet werden soll. Die hingehenden Pläne sind anscheinend bereits schon ziemlich weit gediehen.

„Daily Herald" zufolge beabsichtigt die Regierung einen Ausschuß einzusetzen, der für eine nützliche Beschäftigung der jungen Arbeitslosen sorgen soll. Die Ausgaben sollen durch freiwillige Beiträge aus der Oeffentlichkeit unter Regierungsgarantie gedeckt werden. Der Zweck des Ausschusses sei, den Arbeitslosen körperliche Ausbildung, Erziehungserleichterung, Arbeitsgelegenheit und Kleinsiedlung zu verschaffen. In den großen Industriemittelpunkten sollen Ortsausschüsse zu diesem Zwecke gebildet werden.

Um die Freilassung Gandhis.

London, 23. November. Der Bombayer Berichterstatter des „Daily Herald" berichtet, daß der indische Vizekönig zur Zeit die Freilassung Gandhis unter gewissen Bedingungen erwäge. Mehrere Berater des Vizekönigs setzten sich für eine bedingungslose Freilassung ein mit der Begründung, daß Gandhi jederzeit wieder verhaftet werden könne, wenn er die Ungehorsamkeitsbewegung fördere.

5 Jahre Lodzer sozialistische Selbstverwaltung.

Am heutigen Tage, dem 24. November, jährt sich zum fünften Male der Tag, an dem die gegenwärtige Lodzer Stadtverordnetenversammlung zu ihrer ersten, der konstituierenden Sitzung zusammengekommen ist.

Die Wahlen, die am 9. Oktober 1927 stattgefunden haben, brachten von 75 zu vergebenden Mandaten

den polnischen Sozialisten	23
der Deutschen Soz. Arbeitspartei	7
dem Allgem. jüd. Arbeiterbund „Bund"	5
der Poalej-Zion-Linken	3
Zusammen also	38 Mand.

Diesen 38 sozialistischen Stadtverordneten schloß sich noch vor der konstituierenden Sitzung der Vertreter der Kriegsinvaliden an. Von den in der zweiten Sitzung gewählten 11 Mitgliedern des Magistrats, die zum Quorum hinzugerechnet werden, welches somit 86 Stimmen zählt, waren 8 Mitglieder sozialistischer Parteien, sodaß die Zahl der sozialistischen Stimmen 47 von 86 betrug. Die Lodzer Selbstverwaltung erhielt also dadurch mit Recht die Benennung einer sozialistischen. Die Vertreter der vorgenannten vier Parteien bilden auch heute noch eine Arbeitsgemeinschaft, die die sozialistische Mehrheit darstellt.

Die Existenz der Lodzer Selbstverwaltung wie überhaupt aller Selbstverwaltungen auf dem Gebiete des ehemals russischen Teilgebietes stützt sich auf das Selbstverwaltungsdekret vom Jahre 1919, welches als ein vorläufiges vom ersten Sejm aufrecht erhalten wurde, mit dem Hinweis, daß der darauffolgende Sejm ein ordentliches Gesetz schaffen soll. Es sind aber inzwischen schon 13 Jahre verflossen und bis jetzt hat keine der späteren Volksvertretungen das Selbstverwaltungsleben auf gesetzlichem Wege geregelt, sodaß grundsätzlich auch heute noch das vorgenannte Dekret die Unterlage für die Selbstverwaltungstätigkeit ist.

Das Dekret vom Jahre 1919 sieht eine dreijährige Kadenz für die Selbstverwaltungen vor. Daher ist gesetzlich die bisher schon fünf Jahre dauernde Kadenz eine weitgehende Ueberschreitung der festgesetzten Norm.

Die sozialistische Mehrheit im Lodzer Stadtparlament hat vor zwei Jahren, als die gesetzliche Kadenz abgelaufen war, hierzu Stellung genommen. Sie hat in einem vom Stadtrat an die Adresse der Regierung angenommenen Beschluß gefordert, daß

Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen.

Die Vertreter der Lodzer Selbstverwaltung haben diesen Beschluß sowohl dem Wojewoden von Lodz wie auch dem Innenminister überbracht und durch mündliche Erklärungen die Verwirklichung des Beschlusses verlangt. Doch wurden diese Vorstellungen mit dem Hinweis abgetan, daß „demnächst" der Sejm ein neues Selbstverwaltungsgesetz beschließen wird und daß auf Grund dieses neuen Gesetzes auf dem ganzen Gebiete der Republick Polen die Neuwahlen für die Selbstverwaltungen zu gleicher Zeit durchgeführt werden sollen.

Inzwischen sind wieder zwei Jahre verflossen. Zwar hat man in Regierungskreisen schon zweimal Projekte eines neuen Gesetzes ausgearbeitet, auch schon in Konferenzen besprochen, doch wurden die beiden Entwürfe verworfen. Auch in diesem Jahre hieß es, daß die Herbstsession des Sejm das neue Gesetz verabschieden wird. Es kam aber wieder nicht dazu. Denn erstens war keine neue Gesetzesvorlage ausgearbeitet und zweitens wurde die Sejmsession schon nach der ersten Sitzung wieder geschlossen. Nun spricht man davon, daß die Verabschiedung eines teritorialen Selbstverwaltungsgesetzes in der kommenden Frühjahrssession erfolgen werde, so daß die Selbstverwaltungsneuwahlen dann im Herbst 1933 stattfinden könnten.

Allerdings hat die sozialistische Mehrheit auch dazu Stellung genommen, ob es ihre Pflicht sei, die Stadtgeschäfte trotz der abgelaufenen Kadenz weiterzuführen und ob sie diese Pflicht angesichts der furchtbaren Wirtschaftskrise, die auch auf die Stadtwirtschaft einen sehr großen Einfluß hat, erfüllen soll. Die sozialistische Mehrheit ist zu dem Entschluß gekommen, daß sie

kein Recht hat, einen Posten zu verlassen, auf den sie durch den Willen der Wähler gestellt wurde

und daß sie trotz der verringerten Einnahmen der Stadt die Pflicht hat, die Stadtwirtschaft weiter zu führen und zwar im Sinne ihres Programmes nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten.

Im Laufe der vergangenen 5 Jahre hat

die Aufsichtsbehörde zu wiederholten Malen versucht, die Mehrheit von der Linie ihrer Politik abzubringen.

Dies äußerte sich u. a. in den Forderungen auf Herabsetzung der Löhne für die Saisonarbeiter, auf Erhöhung der Mieten in der Wohnkolonie, auf Streichung von Subsidien für die sozialen und nationalen Minderheiten, auf Kürzung der Beamtengehälter, auf Verringerung der Leistungen auf dem Gebiete der sozialen und gesundheitlichen Wohlfahrt. Der Magistrat und Stadtrat ist aber allen diesen Forderungen und Anordnungen nicht nachgekommen, hat die früher festgelegte Politik aufrechterhalten und blieb seinen programmatischen Grundsätzen treu, obwohl der Druck oftmals sehr stark ausgeübt wurde. Auf diesbezügliche Vorstellungen seitens der Aufsichtsbehörde wurde vom Magistrat auf den Beschluß verwiesen, der Neuwahlen für die Lodzer Selbstverwaltung fordert.

Heute, nach fünf Jahren sozialistischer Lodzer Stadtwirtschaft,

kann die Mehrheit die Bilanz ihrer Arbeit ziehen.

Wenn sie dabei an ihre Pflichten gegenüber ihrer Wähler denkt, so ist sie bei weitem nicht zufrieden. Sie würde in sozialer Beziehung viel mehr tun, als jetzt geschieht. Denn die Verelendung der Massen ist heute doppelt, ja dreifach so groß als vor 5 Jahren. Leider aber kann sie nur über die Mittel verfügen, die in die Stadtkasse einfließen. Sie gibt sich aber mit Recht in Erkenntnis der Lage Rechenschaft davon ab, daß irgendwelche Personalveränderungen in der Leitung der Stadt in den heutigen Verhältnissen unserer Einwohnerschaft keinen Vorteil sondern nur einen großen Nachteil bringen würde. Keine rechtsorientierte Gruppe, kein Sanacjaregime wäre heute in der Stadtwirtschaft in der Lage, die Einnahmen der Stadt zu steigern und dadurch derBevölkerung mehr zu geben. Dagegen hätten sie aber eine Aenderung der Ausgabepositionen im Sinne der Verschlechterung für das arbeitende Volk vorgenommen nach dem heute ja so modern gewordenen Rezept der ausdrücklichen Unterstützung der Interessen der Besitzenden.

Wenn aber die Bilanz von einem anderen Standpunkte aus gezogen wird, und zwar vom Standpunkte der Beurteilung des Wertes der Arbeit der heutigen Mehrheit, so muß objektiv festgestellt werden, daß

die Bilanz der Stadtwirtschaft die denkbar beste

ist. Lodz hat noch keinen einzigen Wechsel zum Protest gehen lassen, wie viele, viele andere Städte in Polen, wo nicht Sozialisten sondern ausdrückliche Bekenner des heutigen Regimes die Wirtschaft führen. Lodz hat bisher die Gehälter für die Beamten pünktlich bezahlt und ist mit denselben nicht für drei Monate im Rückstande, wie andere Städte; Lodz beschäftigt trotz der Not etwa 4000 Saisonarbeiter jährlich und zahlt denselben einen Tagelohn von 7.75 Zloty, wogegen andere Städte 3 bis 5 Zloty Tagelohn zahlen und nur sehr wenig Arbeitslose beschäftigen; Lodz hat bis auf den heutigen Tag doppelt so viel für die soziale Fürsorge und für dieGesundheitsabteilung übrig, als die früheren Wirte unserer Stadt; Lodz hat das Bilanzvermögen der Stadt im Laufe der letzten 5 Jahre um über 30 Millionen Zloty vermehrt, wogegen in anderen Städten die ordentlichen Einnahmen kaum zur Deckung der ordentlichen Ausgaben hingereicht haben.

Lodz wird jeder anderen Selbstverwaltung

als Beispiel zur Nachahmung

hi gestellt und viele, viele kommissarisch regierten Selbstverwaltungen wurden seitens der Regierungsstellen darauf hingewiesen, daß sie an dem Lodzer Magistrat lernen können. Die Lodzer sozialistische Selbstverwaltung hat also bewiesen, daß Arbeitervertreter zu regieren verstehen und daß die anderslautende These der Besitzenden vollkommen zu Unrecht besteht.

Die nichtsozialistischen Vertreter haben zu wiederholten Malen durch Stellung von Anträgen, deren Ausführung unmöglich ist, den Lodzer Magistrat in den Augen der Arbeiterschaft zu diskreditieren versucht, in der Hoffnung, ihm das Vertrauen zu untergraben. Es ist möglich, daß hier und da die Demagogie Früchte getragen hat. Jeder aufgeklärte Arbeiter aber weiß es genau, daß es sich hierbei nur um demagogische Versuche der Sozialistengegner in ihrem Kampf gegen die Sozialisten gehandelt hat. Es gefällt allen Besitzenden, besonders in der heutigen Zeit des vorübergehenden Aufstieges der Rechtsreaktion, nicht, daß Lodz von Sozialisten regiert wird und daß diese Regierung mustergültig ist.

In dieser Beziehung ist also die Bilanz, die die sozialistische Mehrheit heute ziehen kann, äußerst günstig. Schreiber dieser Zeilen konnte zu wiederholten Malen aus dem Munde von Regierungsvertretern hören, daß Lodz auf Grund seiner Wirtschaftsführung an die erste Stelle der kommunalen Selbstverwaltungen Polens gestellt werden muß.

Wennn wir nun heute diese beiden Arten der Bilanzziehung gegenüberstellen, so entsteht

die Frage, ob die Sozialisten in Lodz weiterhin auf ihrem Posten verharren sollen.

Die Beantwortung dieser Frage ist für uns auch heute noch dieselbe geblieben wie vor einem Jahre: Das in die Sozialisten gesetzte Vertrauen zwingt sie, solange wie dies nur möglich ist, die Stadtwirtschaft zu führen. Die Geschäftsführung muß aber konsequent im Sinne der Interessen der Arbeitnehmerschaft sein und darf nicht infolge von Befehlen und Anordnungen der Aufsichtsbehörden von der grundsätzlichen Linie abweichen. Wenn sie in diesem Sinne weitergeführt werden wird, so wird sie auch bestimmt anerkennenswert gewertet werden müssen, und dies sowohl von unseren Freunden wie von unseren Gegnern.

Die bis zum heutigen Tage anhaltende Einmütigkeit der die Mehrheit bildenden sozialistischen Parteien in der Beurteilung der Aufgaben und Pflichten einer kommunalen Selbstverwaltung gestattet uns auch weiterhin anzunehmen, daß die vor 5 Jahren vorgezeichnete Linie eingehalten wird und daß sich die Arbeitnehmerschaft Polens **nicht nur** heute, sondern auch in fernerer Zukunft auf **die 5 Jahre** sozialistischer Stadtwirtschaft in Lodz wird berufen können, wenn die Frage auftauchen wird, ob die Arbeitnehmerschaft reif ist, positive Arbeit für die Allgemeinheit zu leisten.

L. Kuk.

Dank und Wunsch

Aus Anlaß des 5jährigen Bestehens der derzeitigen Lodzer Selbstverwaltungsinstanzen wünschen wir den sozialistischen Fraktionen zu Händen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Andrzejak und dem Magistrat mit den Stadtpräsiden Ziemiencki und Napalski an der Spitze weiteres erfolgreiches und vom Vertrauen der Wählerschaft getragenes Wirken für die Stadt Lodz.

Im besonderen glauben wir im Namen unserer Leserschaft Dank und Wünsche zum Ausdruck bringen zu müssen für die Fraktion der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens und für ihren Vertreter im Magistrat, Schöffen L. Kuk, die in erfolgreicher und unermüdlicher Tätigkeit sich für das Wohl der deutschen Bevölkerung und der Werktätigen überhaupt eingesetzt haben. Die schon des öfteren geübte Würdigung ihrer kommunalen Tätigkeit verdient heute nachdrücklichst hervorgehoben zu werden.

Die Redaktion der „Lodzer Volkszeitung"

Lodzer sozialistische Selbstverwaltung bleibt noch zwei Jahre im Amte?

Das neue Selbstverwaltungsgesetz sieht eine solche Möglichkeit vor.

Das Innenministerium hat letztens den endgültigen Wortlaut des neuen Selbstverwaltungsgesetzes aufgestellt. Das Gesetz wird dem Sejmpräsidium Mitte Dezember übermittelt werden.

Es entsteht nun die Frage, ob mit dem Moment des Inkrafttretens des neuen Selbstverwaltungsgesetzes die Selbstverwaltungen der Städte, wie Lodz, Warschau u. a., aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Wie hierzu aus Kreisen des Innenministeriums verlautet, ist zunächst **mit irgendwelchen Aenderungen in den städtischen Selbstverwaltungen nicht zu rechnen.** Das neue Selbstverwaltungsgesetz enthält u. a. auch eine Bestimmung, welche dem Innenministerium das Recht zuerkennt, die Neuorganisierung der Selbstverwaltungen auch später, und zwar im Laufe von zwei Jahren, durchzuführen. **Das bedeutet also, daß die städtischen Selbstverwaltungen für die nächsten zwei Jahre ganz vom Innenministerium abhängig sein werden, dem jederzeit das Recht zustehen wird, die Selbstverwaltungen aufzulösen.** Da aber im Innenministerium infolge der schweren finanziellen Lage der Selbstverwaltungen die Tendenz vorherrscht, Neuwahlen so weit wie nur möglich hinauszuschieben, und man sich außerdem scheut, Regierungskommissare in die städtischen Selbstverwaltungen einzusetzen, so ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Kadenz des Lodzer Stadtrats und Magistrats noch zwei Jahre dauern kann.

Tagesneuigkeiten.

Verschiedenes von „Scheibler und Grohmann".

Gestern wurden weiterhin die rückständigen Löhne an die entlassenen Arbeiter von „Scheibler und Grohmann" ausgezahlt. Infolge der großen Zahl von Bescheinigung zum Empfang von Unterstützungen, der Bescheinigungen von den Hausbesitzern, die vom Polizeikommissariat bestätigt werden müssen, ist das 11. Polizeikommissariat, in dessen Bereich die meisten entlassenen Arbeiter wohnen, in den letzten Tagen förmlich belagert.

In den letzten Tagen war bei Scheibler in Pfaffendorf die Treiberei in Betrieb, in der 80 Arbeiterinnen beschäftigt waren. Es wurden kleinere aber dringende Bestellungen ausgefertigt. Gestern ist auch dort der Betrieb eingestellt worden.

Vorgestern abend kehrte der Mitbesitzer der Werke Grohmann aus dem Ausland zurück. Im Zusammenhang mit seiner Rückkehr ist das Gerücht laut geworden, daß sich die Firma Grohmann wieder absondern und unter eigener Verwaltung weiterarbeiten will. (p)

Vierte Rate der Wohnungssteuer zahlbar.

Bis zum 30. November ist die vierte Rate der staatlichen und kommunalen Wohnungssteuer zu zahlen. Wer zu diesem Termin diese Steuer nicht entrichtet, dessen Angelegenheit wird dem Finanzamt zwecks Zwangseintreibung übergeben. (p)

Um die Bekämpfung des Bettlerunwesens auf der Eisenbahn.

In der letzten Zeit haben sich die Bettler die Züge nach den Vororten wie Koluszki, Zgierz, Pabianice und Pzikow als Tätigkeitsfeld ausgesucht. Da sie anscheinend dort sehr viel Glück haben, wird ihre Zahl von Tag zu Tag größer. Sie sind bereits zu einer reinen Plage der Reisenden geworden, so daß die Eisenbahnbehörden das Verkehrsministerium darauf aufmerksam gemacht haben. Dieses wandte sich an das Innenministerium mit der Bitte, den Polizeibehörden anzuweisen, mit den Eisenbahnbeamten bei der Bekämpfung dieser Plage zusammenzuarbeiten. (p)

Kampf um den Sonntag in England und in Polen.

In Polen ist bekanntlich ein erregter Kampf um den Ladenschluß am Sonntag entbrannt, weil von führenden Wirtschaftskreisen der Plan ausgesprochen wurde, auch am Sonntag die Geschäfte für eine gewisse Zeit offen zu halten, um dadurch eine Hebung des schlechten Geschäftsganges zu ermöglichen. Dieses sehr fragwürdige Rezept wurde namentlich von katholisch-kirchlichen Kreisen stark angefochten. In England, wo seither der Grundsatz der strengsten Sonntagsruhe herrscht, wäre selbst das Aufwerfen einer solchen Fage ganz unmöglich. Dort ist es nicht einmal erlaubt, die Vergnügungsstätten am Sonntag offen zu halten, so daß jetzt wieder einmal ein Kampf darüber entstanden ist, ob man nicht wenigstens die Kinotheater am Sonntag nachmittag öffnen dürfe. Bisher mußten sie bis 6 Uhr abends mindestens geschlossen bleiben, doch müht man sich jetzt darum, sie schon um ½4 Uhr zu öffnen.

Ungenießbares Fleisch.

Das städtische Veterinäramt gibt bekannt, daß im Laufe des Oktober von Kontrolleuren des Amtes sowie Polizeibeamten auf dem Gebiete der Stadt 1092 Kilogramm Fleisch beschlagnahmt wurden, das von geheimen Schlachtungen herstammte oder nicht entsprechend gezeichnet war. Von diesem beschlagnahmten Fleisch erwiesen sich 124,5 Kilogramm oder 11,4 Proztent als ungenießbar, weshalb dieses Fleisch im 1. städtischen Schlachthause vernichtet wurde.

Mord und Selbstmord.

Geheimnis um den Tod zweier jungen Menschen.

Der 32 Jahre alte Jan Kubacki, Angestellter des Elektrizitätswerkes, kehrte gestern nach 3 Uhr in seine Wohnung in der Glowna 46 zurück. Da die Wohnungstür verschlossen war, klopfte er mehreremal. Da er Geräusch zu vernehmen glaubte, forderte er seine Frau auf, ihm zu öffnen. In diesem Moment ertönten in der Wohnung zwei Schüsse, denen ein lautes Stöhnen folgte, worauf Ruhe eintrat. Kubacki lief sofort zum Hauswächter, mit dessen Hilfe er die Tür aufbrach. Als beide Männer die Wohnung betraten, bot sich ihnen ein furchtbarer Anblick. Auf dem Fußboden lagen in ihrem Blut ein Mann und eine Frau. Sofort wurde die Rettungsbereitschaft herbeigerufen und die Polizei verständigt. Der Arzt stellte bei der Frau, die als Gattin Kubackis galt, fest, daß ihr die Kugel in das Herz gedrungen war und den sofortigen Tod verursachte. Bei dem Mann war der Tod durch einen Schuß in die rechte Schläfe eingetreten.

Am Tatort trafen Vertreter der Polizei und der Untersuchungsbehörden ein, die feststellten, daß Kubacki auf dem zweiten Stock ein kleines ärmliches Zimmer bewohnt. Im Oktober d. Js. zog eine 26 Jahre alte Frau zu ihm, die er als seine Frau einmelden ließ. Beide lebten in vorbildlicher Einigkeit. Gestern vormittag kam zu der Frau ein Mann, der, wie sich aus den bei ihm gefundenen Papieren hervorging, der 28 Jahre alte Wladyslaw Soboczynski aus Warschau war. Was zwischen den beiden vorgefallen ist, weiß man nicht. In einer Tasche Soboczynskis wurde der Schlüssel zu der Wohnung Kubackis gefunden, woraus hervorgeht, daß der Mörder die Tür verschlossen hat, um der Frau das Entkommen unmöglich zu machen. Kubacki verweigert jegliche Aussagen.

Das Untersuchungsamt setzte sich mit Warschau in Verbindung und bat um nähere Angaben über Soboczynski. Die Untersuchung wird weitergeführt. Bemerkenswert ist, daß sich Kubacki in der Nachbarschaft des besten Leumunds erfreut. (p)

Fabrikmeisterverband fallit.

Der „Verband der Fabrikmeister in der Republik Polen" mit dem Sitz in Lodz, Zeromskiego 74, wurde vom Handelsgericht für fallit erklärt. Die Aktiven betragen 414 322 Zl. (Immobilien) und 133 211 Zl. (Mobilien), denen auf der Passivenseite an Akzepten 426 853 Zloty und an Gläubigerforderungen 182 019 Zloty gegenüberstehen.

Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Obuchowicz, zum Richterkommissar Handelsrichter Olszewski ernannt. Eröffnungstermin: 1. November dieses Jahres.

Von der Geflügel- und Kleintierausstellung

Wie alle Jahre, so veranstaltet auch in diesem Jahre der Lodzer Geflügelzüchter-Verein seine allgemeine Geflügel- und Kleintier-Ausstellung. Die Ausstellung findet diesmal vom 8. bis 11. Dezember in den Räumen des Ziednoczone-Klubs (vormals Braune) in der Przendzalniana 68 statt. Die diesjährige Schau wird neben Hühnern, Tauben, Kaninchen, Pelztieren usw. auch Rassehunde, die in den letzten Jahren wegen der in Lodz vorgekommenen Tollwut ausbleiben mußten, aufzuweisen haben. Die Lodzer und die Züchter aus der Umgegend werden der Allgemeinheit ihre mit nicht wenig Mühe, Liebe und Sorgfalt herangezüchteten Prachtexemplare zur Schau und zum Kauf anbieten. Den bisherigen Anmeldungen nach zu urteilen, dürfte auch die diesjährige Ausstellung, trotz der Wirtschaftskrise, gleichen Schritt mit den früheren halten, was schon jetzt als ein Erfolg zu verzeichnen ist.

Wieviel Naphtha produziert Polen.

Die letzten genauen Ziffern über die galizische Naphthaproduktion sind die des Monats September. Sie betrug 2279 Zisternen. (Sie ist wegen Streik im Naphthagebiet zurückgegangen.) An der Spitze der Produktion steht der Konzern Malopolska mit 822 Zisternen. Nun folgen Limanow (166), Galicja (158), Standard Nobel (84), „Erdgas" (74) und an der Spitze einer Reihe kleinerer Produzenten Grobownia (64).

Bestrafte Sauberkeitsfeinde.

Wegen antisanitären Zustandes ihrer Besitzungen wurden auf Antrag der städtischen Gesundheitsabteilung von der Stadtstarostei folgende Hausbesitzer mit Geldstrafen von 10 bis 50 Zloty belegt: Bornsztajn Froim (Pilsudskiego 19), Blumberg Icek Majer (Mielczarskiego 22), Poznanski Moses und Zdunski Icek Majer (Kilinskiego 50), Solnik Marja (Narutowicza 47), Glas Julius (Mazurka Nr. 33), Buszkat Alma (Orla 3) und Marcinkowski Josef (Lonczna 37).

Die Mauern von „L. M. Cytryn" werden niedergelegt.

Während des Brandes in der Firma „L. M. Cytryn" in der Brzezinskastraße war eine Mauer eingestürzt, während die übrigen drei stehen blieben. Einige Tage nach dem Brand traf am Brandplatz eine Kommission ein, die zu dem Schluß kam, daß die drei Mauern derart durchgebrannt und beschädigt sind, daß sie jeden Augenblick einstürzen können. Es wurde deshalb die Niederlegung der Mauern angeordnet. Eine Abteilung des 2. Feuerwehrzuges ist bereits seit einigen Tagen mit der Abtragung der Mauern beschäftigt. Diese Arbeit ist sehr schwierig und geht nur langsam vor sich. (p)

Feuer im Baluter Schlachthaus.

Gestern entstand im Heulager des Baluter Schlachthauses in der Lagiewnickastraße 53 ein Brand, der aber vom 2. Feuerwehrzug schnell gelöscht werden konnte. Der Schaden ist nicht beträchtlich. Die Ursache des Brandes konnte nicht festgestellt werden. (p)

Wenn der Mann im Krankenhaus liegt.

Der Pilsudskistraße 55 wohnhafte 54 Jahre alte Walenty Obrzydowski erkrankte vor einigen Monaten und mußte ins Krankenhaus überführt werden. Während seiner Abwesenheit nahm seine Frau einen Untermieter auf. Bald darauf wurde Obrzydowski hinterbracht, daß seine Frau ihn mit dem Untermieter hintergehe. Gestern kehrte Obrzydowski aus dem Krankenhaus zurück. Er machte seiner Frau Vorwürfe und begann dann mit dem inzwischen nach Hause gekommenen Untermieter Streit. Es kam zu einer Schlägerei, während der der noch geschwächte Obrzydowski erhebliche Verletzungen davontrug, so daß die Rettungsbereitschaft gerufen werden mußte. Der Untermieter ergriff die Flucht. Er konnte bisher nicht ausfindig gemacht werden, da die Frau seinen Namen nicht nennen will. (p)

Lebensmüde.

Im Tore in der Sienkiewiczstraße 18 versuchte gestern ein in der Kilinskistraße 87 wohnhaftes, 19 Jahre altes Dienstmädchen seinem Leben durch Genuß einer giftigen Flüssigkeit ein Ende zu bereiten. Die Rettungsbereitschaft erwies ihr Hilfe und überführte sie in das Radogoszczer Krankenhaus. (p)



Familienroman von Johannes Lüther.

[61

Die Eintretende schloß schnell die Tür hinter sich und wollte gerade zur Begrüßung auf die Freundin zugehen, da stockte ihr Fuß.

„Bruno, du hier?" Das klang so bange und so ängstlich verwundert, als sehe sie ein Gespenst oder sonst etwas Unglaubliches. Ehe er erwidern konnte, tat Liese es:

„Ja, Bruno ist hier — und du jetzt auch. Nun ist es fast wie früher."

Da wehte schnell ein bitteres Lächeln um Brunos Mund. Hanna aber richtete sich, als wolle sie über dem Früher stehen, hoch auf und lehnte den Platz, den Liese ihr neben dem einstigen Geliebten anweisen wollte, bestimmt und kurz ab. Einen Gruß zu sprechen, hatte sie vergessen. Sie rückte sich einen Rohrstuhl in Lieses Nähe und sagte:

„Ich bleibe nur ein paar Minuten, wollte dir bloß einen guten Morgen wünschen und nochmals ein fröhliches Fest."

„Das ist sehr liebenswürdig, liebste Hanna! Ich danke, und gebe dir alle Wünsche ebenso herzlich zurück, oder ich gebe vielmehr von dem Gruß und den Wünschen an Bruno ab, den du jetzt anscheinend unabsichtlich übergingest."

Hanna zuckte errötend unter dieser Rüge zusammen, holte ihr Versäumnis jedoch nicht nach. Sie konnte es einfach nicht; mochte die Freundin darüber denken, wie sie mochte.

Nun erhob Bruno sich.

„Du willst schon gehen?" fragte Liese.

„Ich habe nicht länger Zeit."

„Oh", bedauerte sie, „so gern hätte ich dich noch hierbehalten. Aber nun besuchst du mich doch hoffentlich bald einmal wieder, Bruno. Ja?"

„Das tue ich", gab er zurück, und machte vor Hanna eine knappe Verbeugung. Von Liese verabschiedete er sich auf dem Flur, wohin sie ihm gefolgt.

„Sei nicht böse, Bruno. Ich konnte euer Zusammentreffen nicht verhindern", sagte sie, als sie ihm die Hand reichte und ihn bis zur Gartenpforte geleitete.

„Warum böse, Liese? Ich habe keine Ursache, es zu sein."

Das sollte leicht und wie obenhin gesprochen klingen, klang aber heiser, vor Empörung über Hannas Benehmen. Dann trat er auf die Straße, und schritt dicht unter den Fenstern des Apothekerhauses hin weiter, so daß Hanna Lessen, die heimlich hinter der Gardine Aufstellung genommen, nur den Hut und die rechte Schulter des Vorübergehenden sehen konnte.

Von der Kirche her, wo das Hochamt geendet, schallte ihm das Läuten der Glocken nach: Friede den Menschen auf Erden.

Ja, Frieden: Ihm hatte das Weihnachtsfest alles andere denn Frieden gebracht.

Als Liese Werner wieder in das Haus und in das Wohnzimmer zurückgekehrt war, sagte sie zu der Freundin, die, einen herben Zug um den Mund, auf ihrem alten Platze saß, und starren Blickes zu dem Christbaum sah:

„Hanna, ich weiß zwar nicht, wie du innerlich zu Bruno stehst, ob du ihm zürnst und noch gram bist. Das aber weiß ich bestimmt, daß dein Verhalten ihm gegenüber vorhin nicht passend und deiner unwürdig war. Ich verstehe nicht, wie du so ablehnend sein konntest, zumal du ihn bislang gegen jegliche Angriffe stets in Schutz nahmst."

Die Gescholtene senkte, statt einer Antwort, ihr Haupt, und schwieg. Es schmerzte sie, daß die Freundin sie rügen mußte. — Aber konnte sie gegen ihn, der sie zum zweiten Male verschmäht und der zu ihr gesagt hatte: „Dein Mitleid beleidigt mich", anders sein?

Auf einmal brach sie in erschütterndes Weinen aus, das wie Sturmesrütteln ihren Körper packte und ihn auf und nieder warf. Im Flur aber scharrte sich auf eiserner Matte das heimkehrende Apothekerehepaar den Schnee von den Schuhen. Da sprang die humpelige Liese, so schnell sie es vermochte, von ihrem Schaukelstuhle auf und nach draußen, bat die Eltern, sie möchten sie mit Hanna einer wichtigen Unterredung halber allein lassen, kehrte eilends wieder, umarmte die Freundin und zog die Widerstrebende mit sich hinüber zum Sofa.

„Hanna, liebe Hanna", flüsterte sie und streichelte der Bekümmerten zärtlich und besorgt Arm und Rücken. „Hanna!"

Nun sprach die andere mit tränenerstickter Stimme:

„Wüßtest du es, was er mir getan, dann müßtest du mir recht geben, dann würdest du jetzt nicht auf seiner Seite stehen."

„Hanna", sagte Liese nur, und dann fuhr die junge Lessentochter, nachdem sie einmal tief aufgeatmet hatte, aber immer noch weinend fort:

„Er hat — ach, — er hat." Nein, sie konnte es nicht berichten, die Scham, daß Liese davon erfahren sollte, drängte ihr schon begonnenes Bekenntnis wieder zurück.

Anklage und Verteidigung.

Der 14. Verhandlungstag im Prozeß gegen die P.P.S.-Linke. — Die Reden der Staatsanwälte und Verteidiger.

Sofort nach Eröffnung der gestrigen Verhandlung erteilte der Vorsitzende dem

Staatsanwalt Mandecki

das Wort. In fast dreistündigen Ausführungen begründete er die in der Anklageakte enthaltenen Anklagen, daß die PPS.-Linke die Expositur der Kommunistischen Partei sei. Dies gehe aus der einheitlichen inneren Organisation beider Parteien, aus den Wahlen in die Selbstverwaltungen und den Sejm hervor, bei denen trotz Aufstellung gesonderter Listen beide Gruppen für die kommunistischen Kandidaten gestimmt haben, ferner daraus, daß aus der Mitte der PPS.-Linken Kommunisten in den Sejm einzogen. Der Staatsanwalt bittet das Gericht, bei der Urteilsfällung in Betracht zu ziehen, **daß die PPS.-Linke, die unter dem Deckmantel einer legalen Partei aufgetreten sei, viel gefährlicher gewesen sei, als die Kommunistische Partei.**

Zwecks Begründung seiner Ausführungen berief sich der Staatsanwalt auf Aufrufe, Broschüren, Instruktionen, Berichte, Rundschreiben usw. Von den 351 auf dem Kongreß verhafteten Personen befänden sich 36 heute vor Gericht, ein Teil sei den zuständigen Untersuchungsrichtern überwiesen worden und der Rest, die von den eigentlichen Zielen der PPS.-Linken keine Ahnung hatten, freigelassen worden. Diese 36 Angeklagten hätten ganz genau gewußt, daß die PPS.-Linke die Expositur der Kommunistischen Partei gewesen sei.

Besonders gefährlich sei der Angeklagte Gotkowski, der ein hervorragendes Mitglied der Partei gewesen sei und eine ausgezeichnete Ausbildung genossen habe. Es sei die bestimmte Gewißheit vorhanden, daß er als Mitglied der PPS.-Linken und als Mitglied der Kommunistischen Partei Ostgaliziens in ganz Polen tätig gewesen sei.

Auch Sokorski sei ein hervorragendes Mitglied der Partei gewesen und habe dem Zentralkomitee angehört. Aus dem Gerichtsverfahren habe sich das Gericht über den Angeklagten ein genaues Bild machen und ersehen können, wie gefährlich seine Tätigkeit als Generalsekretär der Partei gewesen sei.

Längere Zeit verweilte der Staatsanwalt bei Olinger, der der Polizei vorgeworfen habe, daß sie von ihm die Aussagen erpreßt habe. Man brauche aber nur seine Tätigkeit in Lemberg, Boryslaw und Dombrowa in Betracht zu ziehen, um zu sehen, daß auch er ein hervorragender Umstürzler gewesen sei. Die Erklärung, daß er nach Lodz auf Arbeitsuche gekommen sei, könne man nicht gelten lassen, da er als Petroleumspezialist in Lodz auf eine Anstellung nicht rechnen konnte. Sein Kontakt mit den Umstürzlern sei erwiesen. Er habe es vorgezogen, sich zur Zugehörigkeit zur PPS.-Linken zu bekennen, als die Feststellung zuzulassen, daß er Mitglied der Kommunistischen Partei sei.

Von Glowacki spricht der Staatsanwalt als von dem hervorragendstem Umstürzler auf Lodzer Gebiet. Er habe seine Wohnung der Partei zur Verfügung gestellt und sei die Seele der PPS.-Linken in Lodz gewesen.

Die Pacanowska habe im Namen der Kommunistischen Partei eine lebhafte Tätigkeit entfaltet und die Frauenbewegung geleitet.

Rybarczyk sei ebenfalls umstürzlerisch tätig gewesen und sei als guter Redner von der Kommunistischen Partei zu Versammlungen in die Provinz gesandt worden.

Anschließend ergriff

Staatsanwalt Komorowski

das Wort. Hinsichtlich des Angeklagten Russak erklärte er, daß dieser mit Szymczyk zusammen in Pabianice tätig gewesen sei. Beide seien als Mitglieder der Kommunistischen Partei bekannt gewesen. Szymczyk habe zuerst als Vorsitzender und dann als Delegierter des Zentralkomitees die umstürzlerische Tätigkeit betrieben.

Der Angeklagte Czerwinski, der die Jugendbewegung in Widzew leitete, habe ebenfalls der Kommunistischen Partei angehört. Er sei nach dem Kongreß wieder auf freien Fuß gesetzt, bald aber abermals verhaftet worden, als er auf eine Bank im Park schrieb: „Es lebe der Kommunismus".

Wlodarski habe beim zweiten Kongreß das verantwortliche Amt des Wirtes versehen. Als er nach dem Kongreß freigelassen wurde, habe er sich weiter mit Parteiarbeit befaßt, was daraus hervorgehe, daß in seiner Werkstatt ein Vervielfältiger und Papier gefunden worden sei.

Hempinski sei ein sehr rühriges Mitglied der Kommunistischen Partei in Konstantynow gewesen, was aus seinen Ausrufen auf den Versammlungen hervorgeht. Seine Erklärung, daß er nicht Mitglied der PPS-Linken sei, habe keine Bedeutung, da das Gegenteil festgestellt worden sei.

Das Bestreben der PPS-Linken sei die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung gewesen. Die Bildung einer solchen Regierung könne aber nicht ohne Kampf abgehen. Auch die im Gefängnis geschriebenen Geheimbriefe wiesen darauf hin, daß die Angeklagten hartnäckige Anhänger des Umsturzes seien. **In diesem ganzen Prozeß seien keine mildernde Umstände vorhanden, weshalb strenge Strafen angewandt werden müßten.**

Nach einer kurzen Pause ergriff

Rechtsanwalt Duracz

der Verteidiger Gotkowskis, Spaleks, Janiszewskis, Olingers, der Pacanowska und Przybyszewskis das Wort. Er betont, daß der Staatsanwalt trotz des langen Gerichtsverfahrens an der Anklageschrift festhalte und den Zeugenaussagen keine Aufmerksamkeit schenke. Alle Angeklagten mit Ausnahme Hempinskis hätten zugegeben, daß sie der PPS-Linken angehört hätten. Wenn sie sich zur Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei bekannt hätten, dann wäre das zweiwöchige Zeugenverhör nicht notwendig gewesen. Die PPS-Linke sei eine Absplitterung der PPS, ebenso wie die Revolutionäre Fraktion der PPS. Während das Zentralkomitee gewissermaßen eine „faschistische Partei" sei (welche naive Entgleisung, Herr Rechtsanwalt! — Die Red.), sei die Fraktion eine Regierungspartei, die in ihrer Ideologie die von den Regierungskreisen gewiesene Richtung erfolge. Die PPS-Linke sei die „richtige" sozialistische Partei, die das Wohl des Arbeiters verfolge. Sie erstrebe die Diktatur des Proletariats. Dieses Ziel erstrebe man aber nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern durch Aufklärung der Bevölkerung. Die PPS-Linke habe es als angezeigt erachtet, die Erlangung der Macht durch den Streik (?!) zu versuchen, wobei sie schärfere Mittel nicht ausschloß. Nichtausschließung der Gewalt sei aber nicht Propagierung der Gewalt. Die Sympathie der PPS-Linken für den Kommunismus sei verständlich, da der Kommunismus die Form darstelle, die bereits die Diktatur des Proletariats eingeführt habe. Sympathien und Ueberzeugungen seien aber nicht strafbar. Es sei allgemein bekannt, daß man der überzeugteste Anhänger des Kommunismus sein könne, daß man aber nicht bestraft werden könne, wenn man einer illegalen Partei nicht angehöre. Die PPS-Linke habe bei den Wahlen für Listen gestimmt, die als kommunistisch angesehen worden seien. Wenn aber diese Listen legal waren, so sei es nicht angebracht, deshalb der PPS-Linken einen Vorwurf zu machen. Auch der Vorwurf, daß die PPS-Linke Geld von der Kommunistischen Partei erhalten habe, könne nicht ernst genommen werden. In den Jahren 1926-27 sei die Konjunktur so gut gewesen, daß die Partei größere Mittel einnehmen und eigene Lokale mieten konnte. Als sich dann die Lage verschlechterte und die Mitgliedsbeiträge spärlich einliefen, mußten die legalen Versammlungen in Privatwohnungen abgehalten werden.

Hinsichtlich Nowaczyk erklärte der Verteidiger, daß dieser alle seine Aussagen widerrufen habe. Solche Leute wie Nowaczyk seien vielleicht dem Staat, vielleicht dem Gericht notwendig, sie müssen etwas bringen, um ihren Posten erhalten zu können. Wir alle wissen aber, was ein Spitzel ist. Dies ist ein Mensch, für den es keine Rückkehr mehr von dem Weg gibt, den er einmal beschritten hat.

Der Angeklagte Spalek sei seinerzeit wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verurteilt worden. Könne man sich wundern, daß er aus der Kommunistischen Partei ausgetreten und in die PPS-Linke eingetreten sei? Wenn er in das Zentralkomitee der PPS oder in die Fraktion eingetreten wäre, wäre er sicher nicht verfolgt worden.

Olinger sei nach Lodz gekommen, um hier eine Beschäftigung zu finden. Seine Ankunft in Lodz sei als Beweis für seine Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei ausgewertet worden. Daß er der Kommunistischen Partei nicht angehöre, gehe daraus hervor, daß man im Kongreßsaal bei ihm eine Legitimation der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei-Linke gefunden habe.

Die Angeklagte Pacanowska habe nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis nichts getan, was mit dem Strafkodex im Widerspruch stehe.

Es seien absolut keine konkreten Schuldbeweise für die Angeklagten vorhanden, dagegen aber sehr viel mildernde Umstände. Er sei sicher, daß das Gericht die unschuldig Angeklagten freisprechen werde.

Anschließend sprach Rechtsanwalt Winawer, der in zweistündigen Ausführungen die Anklageschrift widerlegte. Nachdem noch die Rechtsanwälte Aftergut und Wachtel gesprochen hatten, wurde die Verhandlung auf heute vertagt. (p)

Einbruch in die Radogoszer Postagentur.

Als gestern früh der Diener der vor kurzem erst eröffneten Postagentur in Radogoszcz in das Postamt kam, um in den Oefen Feuer zu machen, war die Tür ordnungsgemäß verschlossen. Als er aber den ersten Raum betrat, sah er in der Decke ein großes Loch und auf dem Fußboden Schutt und Ziegelstücke. Die Schübe und Schranktüren waren erbrochen. Der Diener verschloß die Tür wieder und begab sich auf den Polizeiposten, wo er Meldung erstattete. Bald darauf trafen der Polizeikommandant für den Lodzer Kreis Lange, Postdirektor Mikulski und mehrere Polizisten ein. Die Postagentur befindet sich in einem einstöckigen, noch nicht ausgefertigten Gebäude. Im ersten noch im Rohbau befindlichen Stock wohnt noch niemand. Die Diebe hatten sich wahrscheinlich noch am Tage auf den ersten Stock geschlichen und sofort nach Dunkelwerden mit der Arbeit begonnen. In den Schreibtischen fanden sie kein Geld, dagegen befand sich im Schrank eine Eisenkassette, die sie aufbrachen und daraus Geld und Briefmarken im Gesamtbetrage von 603,35 Zloty raubten.

Die energischen Nachforschungen hatten bisher keinen Erfolg. (p)

—

Leuchtgasvergiftung.

In ihrer im Hause Przendzalniana 37 gelegenen Wohnung zog sich Wilhelmine Welk eine Leuchtgasvergiftung zu. Die unvorsichtige Frau hatte beim Zubettgehen den



Familienroman von Johannes Löther.

[62

„Hanna, liebste Hanna", warb Liese um der Freundin Vertrauen. „Sprich es aus, erleichtere dich. Wir haben uns doch immer unser Leid geklagt und uns geholfen, Hanna."

„Ach, er hat gesagt, ich beleidigte ihn mit meinem Mitleid, denn er meint, nur aus Mitleid hätte ich es seinem Vater nahegelegt, daß er ihn zurückrufen sollte. Und ich tat es doch aus Liebe."

Das, was die Apothekerstochter jetzt hörte, war ihr neu, und nach der Kürze der empfangenen Mitteilung noch unverständlich; sie fragte deshalb:

„Hast du denn bei seinem Vater für ihn gebeten? — Wann denn?"

Nun berichtete Hanna, wie sie Bruno, da er mit dem Rade von der Stadt gekommen, zufällig abends hinterm Hof getroffen, wie sie sein Heimweh ergriffen und wie sie anderen Tages sich für ihn um die Verzeihung des alten Jürgens bemüht hatte. Und sie erzählte auch von dem Zusammentreffen mit ihm an der Pappel, und wurde dabei ruhiger, ihre Tränen versiegten.

„Von sich gewiesen hat er mich da, und gesagt, mein Mitleid sei eine Beleidigung für ihn. — Soll ich danach denn noch mit ihm schöntun, damit er denkt, ich laufe ihm nach? Nein! Ich liebe ihn noch, ich gestehe es dir offen, aber aufdrängen tue ich mich ihm nicht! Das habe ich nicht nötig, denn ich kann genug andere Männer haben."

Nicht so prahlen, Beste, dachte Liese, denn um die anderen gibst du doch nichts. Aber du liebst Bruno noch, hm, das habe ich nicht gewußt, und laut fuhr sie fort:

„Hanna, ich verstehe dich und verstehe auch Bruno. Daß dich seine Ablehnung kränkt, ist begreiflich. — Begreiflich aber auch ist die Ablehnung, denn siehe, Bruno glaubt wahrscheinlich nicht, daß dich deine Liebe für ihn bei seinem Vater bitten ließ, er nimmt an, daß dich Mitleid dazu trieb. Na, und Mitleid, und dazu Mitleid von dem Weibe, das ihm einst Liebe gab, erträgt wohl kein rechter, echter Mann. Der Gedanke, daß all sein Leid, aber auch all sein Arbeiten und Schaffen mit mitleidigen Augen und mit Zweifeln an seinen Fähigkeiten —, denn ein gewisser Zweifel, eine Frage, ob der andere und wie er allein fertig wird, liegt im Mitleid —, betrachtet wird, muß lästig und niederdrückend und beleidigend sein. Darum wollte er dein Mitleid nicht. Vielleicht aber will er mehr von dir, will er deine Liebe, von der er nicht weiß, daß er sie noch besitzt, denn er fand in dem Pappelstamm, wonach er bestimmt gesehen hat, eure Herzen nicht mehr. Hättest du sie nicht entfernt, wozu ich dir damals, weil ich eine Ahnung hatte, als werde noch einmal alles wieder gut zwischen euch, riet, so wäre heute alles anders. Und sieh, Hanna, wenn du alles so bedenkst, wie ich jetzt es darlegte, mußt du sein Tun nicht sogar billigen?"

„Ja", ganz kleinlaut pflichtete Hanna bei, kleinlaut und — ungern, denn sie sah mit dem Ja den Grund zusammenbrechen, auf dem Groll und Trotz gegen Bruno fußten.

„Liebe verlangt er vielleicht von mir, sagst du? Weißt du nicht, daß er eine Braut hat? Was soll ihm da meine Liebe?"

„Frage das nicht, Beste", entgegnete Liese. „Er hat keine Braut, eben erst teilte er mir das mit. Und vielleicht sehnt er sich tatsächlich mehr nach deiner Liebe und nach dir, als du ahnst, denn, als ich vorhin eine Weile in der Küche war, sah ich, als ich zurückkam, daß er ganz sehnsüchtig in den Anblick deines Bildes vertieft war. Und mächtig schreckte er auf, und hastig stellte er es auf den Gabentisch zurück, als er mich plötzlich in der Tür bemerkte."

Hanna hatte, als sie hörte, daß Bruno keine Braut habe, überrascht ihr noch tränenfeuchtes Gesicht der Sprecherin zugewandt, und als sie dann gar vernahm, er habe ihr Bild sehnsüchtig betrachtet, da brauste ein jäher Glücksstrom über ihre noch leidaufgewühlte Seele, dem sie einen Augenblick unterlag. Dann aber raffte sie sich auf. Ihr wurde es zu eng im Zimmer, und hastig nach ihrer Handtasche greifend, Mantel und Pelzmütze hatte sie nicht abgelegt, stürmte sie ohne Abschied davon.

„Er sehnt sich nach mir, hat sehnsüchtig mein Bild angesehen. Er ist frei, frei für mich." —

Das waren die immer wiederkehrenden Gedanken auf dem schnellen Heimwege.

Liese aber meinte, während sie nach Hannas unvermuteter Flucht den Tisch abdeckte:

„Ein wunderliches Menschenkind, die Hanna! Sonst so klug und heute so dumm. Warum sie nur so schnell davonlief."

Der Apotheker trat ein:

„Was gab's denn so Geheimnisvolles? Warst du wieder einmal Seelenärztin? Schade, daß du keine Heilmittel aus meinem Laden verschreibst, sonst würde ich noch ein reicher Mann, Patienten hast du nämlich genug."

(Fortsetzung folgt.)

Gashahn zu schließen vergessen. Nachbarn wurden am Morgen auf den starken Gasgeruch aufmerksam, öffneten die Tür gewaltsam und fanden die Frau auf ihrem Bette ohne Lebenszeichen vor. Es wurde daher die Rettungsbereitschaft herbeigerufen, deren Arzt Wiederbelebungsversuche anstellte und die Kranken nach einer Heilanstalt überführen ließ. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

K. Leinwebers Erben, Plac Wolnosci 2; J. Hartmanns Erben, Mlynarska 1; W. Danielecki, Piotrkowska 127; A. Perelmann, Cegielniana 64; J. Zimmer, Wolczanska 37; F. Wojcickis Erben, Napiorkowskiego 27

Aus dem Gerichtssaal.

Die Mißbräuche im Schlachthaus in Chojny.

Im vergangenen Jahr wurde an das Schlachthaus in Chojny der Veterinärarzt Dr. Eugenjusz Czetkowski berufen, der bald nach seinem Antritt feststellte, daß sowohl der Pächter des Schlachthauses Szymon Blatt als auch sein stiller Teilhaber Mordka Mendel Blatt und dessen Sohn Gabriel systematisch Mißbräuche verüben. Diese Mißbräuche beruhten darauf, daß nicht alle Viehschlachtungen in den Büchern verzeichnet wurden, daß die Kategorien des zu schlachtenden Viehs geändert wurden und daß auf den Quittungen über die in Empfang genommenen Gebühren für die Finanzbehörden, für die Gemeinde Chojny und für das Schlachthaus niedrigere Beträge verzeichnet waren als in Empfang genommen wurden. Die Untersuchung ergab, daß die veruntreuten Gelder die Summe von über 15 000 Zloty ausmachen. Da aber nicht alle Unterlagen mehr vorhanden sind, wird angenommen, daß die Summe erheblich höher ist. Gestern hatten sich die drei Betrüger vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten. Das Gericht beschloß, den Prozeß bis Sonnabend zu vertagen, damit die Sachverständigen die Sachbeweise durchsehen können. (p)

Aus dem Reiche.

Er spielte einen Geisteskranken, um ungestört Spiritus brennen zu können.

Vor einiger Zeit führten die Grenzbehörden im Wieluner Grenzgebiet Haussuchungen auf der Suche nach Schmuggelgut durch. Dabei trafen sie im Walde bei Podrow, Gemeinde Szczercow, Kreis Wielun, in einer kleinen Hütte auf eine vollkommen eingerichtete Schnapsbrennerei, die ein Marek Kaczmarek betrieb. Marek wurde verhaftet und die Einrichtung und die fertigen Vorräte beschlagnahmt. Die Untersuchung ergab, daß Kaczmarek bereits wegen Brandstiftung vorbestraft ist und sich mit der Schnapsbrennerei längere Zeit befaßt hat. Um dieser Tätigkeit ungestört nachgehen zu können, hatte er einen Geisteskranken gespielt und dadurch erreicht, daß die umwohnenden Bauern seine Hütte mieden. (p)

Radomsko. Kirchendiebstahl. In der gestrigen Nacht drangen bisher nicht ermittelte Täter in die Kirche in Plawno bei Radomsko ein und stahlen verschiedene Gegenstände im Werte von 700 Zloty. Der Diebstahl wurde am Morgen bemerkt, als die Kirche geöffnet wurde. (p)

Lublinitz. Von der Lenkstange durchbohrt. Der in der St. Annavorstadt von Lublinitz wohnende etwa 46 Jahre alte Landwirt und Händler Kaczmarek stürzte auf der Fahrt zu einem Fischteich so unglücklich infolge Bruchs der schon einmal gelöteten Querstange seines Fahrrads, daß ihm die Lenkstange in den Unterleib drang. Bald darauf starb er an den erlittenen Verletzungen. Er hinterläßt Frau und mehrere Kinder. — Es ist das der dritte Unfall dieser Art innerhalb weniger Monate, jedesmal im Kreise Lublinitz.

Königshütte. Kokainschmuggler festgenommen. Durch Grenzschutzbeamte wurden in Königshütte Alfons Kerzel aus Scharley und Stanislaus Jaksch aus Kattowitz festgenommen, als sie Kokain verkauften. Wie festgestellt wurde, haben sie die bei ihnen vorgefundenen 50 Gramm des Rauschgifts aus Deutschland nach Polen geschmuggelt. Die Verhafteten wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Im Verhör haben sie eingestanden, am Tage vor der Festnahme an einen Unbekannten 110 Gramm Kokain verkauft zu haben.

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

„Das Schwalbennest" am Sonntag im „Thalia"-Theater

Wie aus den Anzeigen hervorgeht, findet am Sonntag, dem 27. November, im „Scala"-Theater die Erstaufführung des Singspiels „Das Schwalbennest" statt. Die Vorstellung beginnt diesmal schon um 5 Uhr, wobei die Theaterleitung den Beschluß gefaßt hat, möglichst pünktlich zu beginnen. Leider scheitern solche Absichten immer wieder an dem späten Erscheinen des Publikums, das der Meinung ist, immer noch zurechtzukommen. Auf diesem Wege sei darum an die Theatergemeinde die Bitte gerichtet, rechtzeitig zu erscheinen, damit die Vorstellung zur festgesetzten Zeit beginnen kann. Auch ist es ratsam, sich schon im Vorverkauf mit Karten zu versehen, da an der Theaterkasse immer großer Andrang ist, wodurch ebenfalls Verzögerungen hervorgerufen werden. Was nun das Stück selbst anbelangt, so dürfte es zumindest denselben Erfolg erlangen wie in der vorigen Saison das Singspiel „Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren", denn wie dort der Heidelberger, so herrscht hier der Wiener Humor und Wiener Stimmung vor. Schließlich sei noch bemerkt, daß die allgemein beliebten Damen J. Söderström und A. Kunkel auch wieder mitmachen, daß J. Kerger wieder singen und Max Anweiler (wer kennt nicht diesen Tausendsassa) seine Späße machen wird. Versorgen Sie sich darum rechtzeitig mit Karten im Vorverkauf bei G. E. Restel, Petrikauer 84.

Silberne Hochzeit. Heute begeht Herr August Wünsch mit seiner Ehegattin Lydia geb. Franzke das silberne Ehejubiläum. Der Jubilar ist im Betriebe der „Lodzer Volkszeitung" seit ihrem Entstehen als Schriftsetzer tätig und hat sich all die Jahre hindurch durch gewissenhafte Arbeit die Wertschätzung aller erworben. Wir wünschen ihm wie auch seiner Gattin zu dem heutigen Ehejubiläum alles Gute.

Radio-Stimme.

Donnerstag, den 24. November.

Polen.

Lodz (233,8 M.).
11.40 Presseumschau, 11.58 Zeitzeichen, Krakauer Fanfare, Programm, 12.10 Schallplatten, 12.30 Wetterbericht, Wetterbericht, 12.35 Sinfoniekonzert, 15.40 Wirtschaftsbericht, 15.50 bis 16 Schallplatten, 16.15 Französisch, 16.30 Schallplatten, 17 Kammermusik, 17.25 Lodzer Briefkasten, 17.55 Programm, 18 Uebertr. eines Mysteriums aus Krakau, 19 Verschiedenes, 19.20 Bericht der Lodzer Industrie- und Handelskammer, Theaterprogramm, 19.30 Literarisches Feuilleton, 19.45 Nachrichten aus aller Welt, 20 Uebertragung der Wyspianski-Gedenkfeier aus Krakau 20.45 Operettenübertragung, 23.30 Wetter- und Polizeibericht, 23.35 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.)
11.30 Konzert, 14 Schallplatten, 15.35 Klaviermusik, 16 Lieder, 16.30 Unterhaltungsmusik, 17.50 Kinderstunde 20 Der Studentenprinz, 22.30 Tanzmusik.

Königswusterhausen (983,5 kHz, 1635 M.).
12.10 Schallplatten, 14 Konzert, 15.45 Frauenstunde, 16.30 Konzert, 21.45 Zigeunermusik.

Langenberg (635 kHz. 472,4 M.).
12 Unterhaltungsmusik, 13 Konzert, 15.50 Kinderstunde, 17 Konzert, 20 Operettenmusik, 21.45 Zigeunermusik, 22.45 Nachtmusik.

Wien (581 kHz, 517 M.).
11.30 Konzert, 13.10 Schallplatten, 15.20 Kinderlieder, 18.25 Frauenstunde, 19.35 Konzert, 21.45 Tanzmusik.

Prag (617 kHz, 487 M.).
12.30 Konzert, 15.30 Lieder, 18.30 Deutsche Sendung 20.30 Schauspiel, 22.15 Konzert, 23 Schallplatten.

D.S.A.P. Ortsgruppe Tomaschow!

Um die Parteimitglieder mit dem Problem der Freien Stadt Danzig und den rechtlichen sowie staatspolitischen Zusammenhängen dieser so überaus heiklen Frage bekannt zu machen, wird Gen. Kociolek einen Vortrag über das Thema:

„Das Danziger Problem"

halten. Zu diesem Zweck findet eine

Mitgliederversammlung

am Sonnabend, den 26. November, 7 Uhr abends, im Parteilokal statt.

Parteimitglieder, erscheint zahlreich!

Benedikt Spinoza.

(Zu seinem 300. Geburtstag am 24. November.)

Der Satirker Georg Christoph Lichtenberg sagt einmal, Spinoza habe den größten Gedanken gedacht, der noch in eines Menschen Kopf gekommen sei; Goethe schreibt im November 1816 an Zelter, Spinoza habe eine ebenso große Wirkung auf ihn gehabt wie Shakespeare, und Nietzsche notiert gelegentlich: Meine Vorfahren: Heraklit, Empedokles, Spinoza, Goethe.

Dieser außerordentliche Mann, aus einer jüdisch-portugiesischen Familie stammend, in Amsterdam geboren, wuchs bald über überlieferte Religionsformen hinaus und sagte sich förmlich vom Judentum los, trat aber nicht zum Christentum über. Juden und Christen, namentlich gewisse orthodoxe Eiferer, verfolgten ihn mit unauslöschlichem Hasse und begeiferten ihn in der unflätigsten Weise.

Spinoza lebte in Armut und Zurückgezogenheit, zunächst in einem Orte bei Amsterdam, dann in Rhynsburg bei Leiden, später in Voorburg beim Haag und endlich im Haag selber. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich durch Anfertigung optischer Gläser, zuweilen auch durch Unterricht. Der Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz ließ ihm im Jahre 1673 eine Professor der Philosophie in Heidelberg antragen, aber Spinoza nahm sie nicht an: seine Unabhängigkeit war ihm mehr wert als Geld und Ehre. Am 21. Februar 1677 starb er, erst 44 Jahre alt, an der Schwindsucht.

Inmitten religiöser Streitigkeiten und Zänkereien, von denen wir uns kaum noch eine Vorstellung machen können, umgeben von Gewalttaten und Gehässigkeiten, schreibt Spinoza seine ehernen Sätze, die zum Teil auch heute noch gültig sind. So heißt es im „Theologisch-politischen Traktat": „Wahrheit ist nicht die Sache der Theologie, sondern der Philosophie". — „Die Theologie", so lesen wir in den Briefen des Denkers, die wie alles, was Spinoza geschrieben hat, in lateinischer Sprache abgefaßt sind, „stellt Gott als den vollkommenen Menschen vor, sie schreibt daher Gott Abscheu vor den Werken der Gottlosen, Freude und Wohlgefallen an den Werken der Frommen zu; aber in der Philosophie, wo nur klare Begriffe gelten, können solche Attribute (Eigenschaften), die Gott zu einem vollkommenen Menschen machen, so wenig ihm zugeschrieben werden, wie die Eigenschaften, die einen vollkommeren Elefanten machen, dem Menschen beigelegt werden können". Mit andern Worten: Spinoza macht mit dem Gottesbegriff Ernst. „Ich habe aus der Bibel keine ewigen Attribute Gottes gelernt, noch lernen können". Das ist begreiflich; denn in der Bibel erscheint Gott entweder als Richter und Rächer oder als Vater, jedenfalls immer als Spiegelbild des Menschen. Ein unsinnlicher Gott kann aber nur unsinnliche Eigenschaften haben. Nun gibt es nur zwei unsinnliche Eigenschaften: Ausdehnung und Denken. Wenn man von den Gegenständen, die wir mit den Sinnen wahrnehmen, alles Dingliche (Geschmack, Härte, Farbe) weglassen, so bleibt immer noch die Ausdehnung. So argumentierte etwa Descartes, der Vorgänger Spinozas. Ebenso wurde das Denken (oder Vorstellen) als etwas durchaus Unsinnliches aufgefaßt.

Spinoza offenbart sich Gott, den er auch die Substanz oder die Natur nennt, also nur in den beiden Eigenschaften Ausdehnung und Denken, d. h. in Eigenschaften, die nicht Sinnliches an sich haben. Andre Offenbarungen kennt er nicht. Den Begriff der Substanz (des Ewigen, Unbedingten) entnahm er dem Aristoteles und der Scholastik. Descartes hatte außer Gott, der absoluten Substanz, noch zwei andere Substanzen angenommen, die ausgedehnte und die denkende. Spinoza nahm diese beiden Sphären gleichsam in Gott hinein; denn Gottes Sein ist nach ihm alles Sein (d. h. alles unsinnliche Sein), und alles Sein sein (Gottes) Sein. Er macht daher folgerichtig Ausdehnung und Denken zu Eigenschaften der einen Substanz (oder Gottes). Die endlichen Dinge, die Dinge, die wir wahrnehmen, sind nur Modifikationen (Abwandlungen, Abschwächungen) von Gottes Attributen. Sie haben keine Existenz an sich, sondern nehmen gleichsam nur teil an Gottes Existenz. Sie nehmen aber nur teil an ihr als Schatten, losgelöst von allem Sinnlichen.



Baruch Spinoza

Man hat diese Weltanschauung Pantheismus genannt (Allgöttlichkeit): Gott ist alles; es gibt nichts außer Gott. Man darf aber nicht sagen: Alles ist Gott. Damit verfälscht man die Meinung Spinozas.

Der Gott unseres Philosophen hat mit dem Gotte der Theologen gar nichts gemein. Es ist daher ganz unverständlich, wie sich Theologen auf Spinoza berufen können. Seine Gegner hatten recht, wenn sie ihm nachsagten, er werfe Gott mit der Natur zusammen. Dies tut er wirklich, wie ja schon sein Ausdruck lehrt: „deus sive natura", d. h. „Gott oder, anders ausgedrückt, Natur". Man hat gesagt, er habe das Wort Gott nur aus Entgegenkommen gewählt. Das ist nicht richtig. Er wählte es u. a. deshalb, weil er das Metaphysische (Uebersinnliche) ausdrücken wollte, das das Wesen der Substanz ausmacht. Denn wenn er „Natur" sagt, so meint er ja nicht die blühende und klingende Natur um uns, sondern das Unveränderliche, Ewige, das sich nach der Anschauung der Metaphysiker hinter den bunten Erscheinungen verbirgt.

Worin besteht denn nur die weltgeschichtliche Bedeutung Spinozas? Er hat den Gottesbegriff aufs schärfste herausgearbeitet und ihn dadurch aufgehoben, gleichsam ad absurdum geführt. Der Pantheismus ist nach Feuerbach die Negation (Verneinung) der Theologie auf dem Standpunkte der Theologie. Noch richtiger wäre es, zu sagen: Der Pantheismus ist die Zwischenstufe zwischen Theismus und Atheismus, wohlgemerkt: der strenggefaßte Pantheismus.

Im Gegensatze zu andern Metaphysikern trat Spinoza stets für Aufklärung und Freiheit ein. In seinem „Theologisch-politischen Traktat" (1670) fordert er Gedankenfreiheit und spricht unumwunden aus, daß man die Wahrheit nicht bei der Theologie suchen dürfe. Als die beste Regierungsform sah er die demokratische Republik an. „In der Demokratie sind weniger als in irgendeiner andern Staatsform Absurditäten zu befürchten." Das Geheimnis der Monarchie bestehe darin, die Menschen zu betrügen und durch die Religion in Furcht zu erhalten, damit sie für die Knechtschaft, als gelte es ihr Heil, kämpfen und es nicht für Schande, sondern vielmehr für die höchste Ehre halten, ihr Blut für die Prahlerei eines Menschen zu verschwenden. „Ich bin ein guter Republikaner", sagte er einmal zu einem Bekannten.

Karl Quenzel.

Neue Zölle in Frankreich.

Paris, 23. November. Zum Schutz des französischen Handels hat der französische Handelsminister einen Gesetzentwurf in der Kammer eingebracht. Danach soll eine besondere Kommission Abwehrmaßnahmen gegen die Behinderungen des französischen Außenhandels vorschlagen. Man denkt besonders an hohe Zollzuschläge für die Einfuhr aus solchen Ländern, welche die französischen Exportwaren ungünstiger behandeln als die Waren aus anderen Ländern.

Trotzki in Dänemark eingetroffen.

Esbjerg, 23. November. Trotzki ist heute mittag mit einem Schiff eingetroffen und nach Kopenhagen weitergereist.

Trotzki erklärte, das Ziel seines Vortrages in Kopenhagen sei, die geschichtliche Gesetzmäßigkeit der russischen Revolution klarzulegen. Den Vortrag werde er in deutscher Sprache halten, da er die dänische Sprache nicht beherrsche.

Prozeß gegen die spanischen Diktatoren.

Madrid, 22. November. In Madrid begann heute der Prozeß wegen des Staatsstreichs von 1923, der von dem inzwischen verstorbenen General Primo de Rivera unternommen wurde. Angeklagt sind Generale und Minister aus der Zeit der Diktatur Primo de Riveras. Der Gerichtshof setzt sich aus 21 Abgeordneten des spanischen Parlaments zusammen. Der Prozeß wird vier Tage dauern.

Madrid, 23. November. Im Prozeß gegen die Mitglieder der Diktatur Primo de Riveras wurde gegen die Schuldigen eine Gefängnisstrafe von 20 Jahren beantragt.

Protest des [illegible].

gegen den italienischen Amnestie-Schwindel.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes erhob auf seiner dieser Tage in Berlin abgehaltenen Sitzung gegen die angebliche Amnestie in Italien scharfen Protest. In der Protestentschließung wird u. a. gesagt:

„Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes warnt die internationale Arbeiterschaft vor der traurigen Komödie, die soeben in Italien als Hohn auf die Gedanken- und Redefreiheit aufgeführt worden ist.

Die von der Regierung Mussolini scheinbar angeordnete Amnestie kann niemand täuschen. Die Gegner des faschistischen Regimes, d. h. alle Demokraten, Sozialisten und Gewerkschafter, alle Revolutionäre, die in tatkräftigster Weise gegen die Diktatur auftreten, bleiben auch weiterhin im Gefängnis.“

1 615 000 Exemplare — tägliche Auflage des „Daily Herald“.

Wie das Blatt der englischen Arbeiterpartei, „Daily Herald“, mitteilt, erscheint das Blatt gegenwärtig in einer täglichen Auflage von 1 615 000 Exemplaren. Seit der Umstellung des Blattes in administrativer Hinsicht seit März 1930 ist die Auflage um 1 340 000 Stück täglich gestiegen. Die Zunahme der täglichen Auflage des „Daily Herald“ hält ununterbrochen an und mit Recht spricht die Redaktion die Hoffnung aus, daß nun bald die zweite Million erreicht sein werde.

Der angebliche „Anschlag“ auf Hoover.

San Fanzisko (Reuter), 23. November. Der Brückenwächter, der am Wahltage den Sonderzug Hoovers bei Winnemucca (Nevada) angehalten hatte, in dem er die Signale auf Halt stellte und über die Gründe seines Verhaltens bisher keinen Aufschluß gab, gestand nunmehr, daß er den Vorfall nur hervorgerufen habe, um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich zu lenken. Die 22 Dynamitpatronen, die in der Umgebung des Ortes, wo sie der Vorfall abspielte, aufgefunden wurden, will der Brückenwächter sich aus einem verlassenen Bergwerk geholt haben.

Hitlerianer und Totschläger.

Stralsund, 23. November. In Greifswald wurde der 42jährige Zimmermann Georg Petereit wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Petereit hatte am 20. Juli den Amtsvorsteher eines Ostseebades, als der ihm das Betteln und den Verkauf von Hitlerbildern verboten, durch Messerstiche getötet. Im Verlauf der Verhandlung bekannte sich Petereit wiederholt zur Hitlerpartei. Nach dem Urteil versuchte der Mörder, sich mit einem Rasiermesser die Schlagader zu öffnen. Es gelang, ihn daran zu hindern, so daß er nur geringe Verletzungen davontrug.

Der Kampf gegen die Kommunisten in Deutschland.

Stralsund, 23. November. In Stralsund wurden mehrere führende Kommunisten unter dem Verdacht hochverräterischer Handlungen verhaftet. Die Polizei will Anhaltspunkte dafür haben, daß Mitglieder der Ortsgruppe der KPD. in Stralsund und anderer kommunistischer Verbände Vorbereitungen zum gewaltsamen Umsturz in Stralsund und Umgebung getroffen haben.

Massenprozesse gegen deutsch-tschechische Nationalsozialisten.

Prag, 23. November. Wie die „Deutsche Presse“ meldet, schweben bei den tschechoslowakischen Gerichten 90 politische Prozesse gegen Sudetendeutsche, durch die 402 Personen und 27 deutsche Verbände betroffen werden. Die Prozesse sollen nach der schriftlichen Ausfertigung des Urteils gegen die Angehörigen des deutschen nationalsozialistischen „Volkssport“ durchgeführt werden.

Aus Welt und Leben.

Riesiger Bestechungsskandal in Deutschland

1½ Millionen Staatsgelder verloren.

Die Oberpostdirektion Berlin, die Kriminalpolizei und der Untersuchungsrichter beschäftigen sich seit Tagen mit einem großen Bestechungsskandal, an dem hochstehende Beamte, zahlreiche Berliner Kaufleute und Inhaber angesehener Baufirmen beteiligt sein sollen. In dieser Angelegenheit ist jetzt in Aschersleben der Oberpostinspektor Fromm, ein früherer leitender Beamter der Bauabteilung der Berliner Oberpostdirektion, festgenommen worden. Er hat bereits ein Teilgeständnis abgelegt. Die Verfehlungen gehen zum Teil bis zum Jahre 1926 zurück. Fromm hatte durch seine Beziehungen zwei Baugesellschaften große Kredite vermittelt, wofür er allein bis 1930 rund 20 000 Mark Bestechungsgelder erhalten hat. Fromm wurde bereits einmal verhaftet, als man sich in Fachkreisen über die Bevorzugung von Baugesellschaften wunderte und eine Haussuchung 30 000 Mark zutage förderte, die in einem Badeofen versteckt waren. Fromm wurde jedoch wieder freigelassen und das Verfahren eingestellt, weil ihm keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte.

Schließlich erstattete seine geschiedene Frau Anzeige und neue Nachforschungen brachten fast unglaubliche Verfehlungen des Vorstandes der Bauabteilung zutage.

Das Berliner Kriminaldezernat stellte bereits fest, daß rund 1 650 000 Mark Staatsgelder verloren sind. Es werden in den nächsten Tagen eine Reihe hoher Beamter und anderer Persönlichkeiten vernommen werden.

Der Leiter der Aero Postale verhaftet.

Der in dem Pariser Luftfahrtskandal verwickelte Leiter der Luftfahrtgesellschaft Aero Postale Andre Bouilloux-Lafont, der bekanntlich eine führende Rolle bei der Fälschung von Schriftstücken gespielt hat, ist am Mittwoch verhaftet worden. Bouilloux-Lafont hat an Hand dieser falschen Schriftstücke den Beweis erbringen wollen, daß der Direktor der zivilen Luftfahrt im Luftfahrtministerium Chaume und der Leiter der Luftfahrtgesellschaft Cidna sich schwerer Bestechungen schuldig gemacht und ein großes Aktienbündel der Flugzeugfirma Gnome und Rhone an die Lufthansa verkauft hatten.

„Grüß dich Gott, lieber Vati!“

Zwei Familientragödien in Wien.

Wien, 23. November. In Wien ereigneten sich am Mittwoch zwei Familientragödien, die 6 Todesopfer, darunter vier Kinder, forderten. Im Bezirk Simmering hat eine Großmutter ihre beiden Enkelkinder im Alter von 3 und 2 Jahren mit sich in den Tod genommen, weil ihr Schwiegersohn die Tochter betrog.

In Favoriten verübte eine 31jährige nervenkranke Frau mit ihrem 12jährigen Sohn und ihrer 4½jährigen Tochter Selbstmord. In beiden Fällen wurde die Tat durch Leuchtgas verübt. Der kleine 12jährige Junge hinterließ einen Abschiedsbrief, der in kindlicher Schrift die Worte enthielt: „Ich sterbe mit meiner Mama, weil sie nervenleidend ist. Ich will die Mama nicht allein lassen“. Die Mutter selbst hat an ihren Gatten einen Abschiedsbrief gerichtet, dem der Kleine noch hinzufügte: „Die Mutter lacht, ich aber weine. Grüß dich Gott, lieber Vati!“. Darunter stehen noch einige bekritzelte Zeilen, die nicht entziffert werden können.

Leitgöb zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt.

Linz, 23. November. Das Schwurgericht verurteilte heute den 53 Jahre alten Fleischergesellen Franz Leitgöb wegen 7fachen Mordes zu lebenslänglicher Kerkerstrafe. Unmittelbar nach der Verkündung des Urteils sprang Leitgöb durch das Fenster des Saales auf die Straße hinunter und versuchte zu entkommen. Bei dem Sprung hatte er sich aber eine blutige Verletzung an der Stirn zugezogen. Er wurde sofort in die Gefängnisabteilung des Gerichts zurückgebracht. — Der Verurteilte war angeklagt, in der Zeit von 1912 bis 1932 7 Frauen, darunter seine Großmutter, ermordet zu haben.

Goldsegen in Venezuela.

In dem südamerikanischen Staat Venezuela soll eine besonders reichhaltige Goldader mitten im Urwald entdeckt worden sein. Der Goldsucher, dem die Auffindung dieser Golmine gelungen sei, habe mit einigen anderen Arbeitern in kurzer Zeit 16 Zentner Gold gewonnen. Die Regierung von Venezuela hat eine Kommission an den Fundort entsandt.

Aus der Haft entlassen — aus Rache ermordet.

In Neapel ereignete sich ein erschütternder Racheakt. Vor elf Jahren hatte ein gewisser Porcello aus Giugliano aus Eifersucht einen Bekannten namens Alfieri ermordet. Porcello erhielt damals eine schwere Gefängnisstrafe. Da er sich während der Haftzeit gut aufgeführt hatte, wurde er auf Grund der letzten Amnestie freigelassen.

Nach der Heimkehr begegnete er dem achtzehnjährigen Bruder seines Opfers. Nach kurzem Streit zog der junge Mann einen Revolver und streckte den Mörder seines Bruders nieder. Der Mann war auf der Stelle tot. Der Täter, der aus Rache gehandelt hatte, wurde verhaftet.

Theaterbrand in Madrid.

In Madrid brach am Dienstag in einem großen Theater ein Brand aus, als während einer Pause Reklamefilme vorgeführt wurden. Hinter der Bühne war Kurzschluß entstanden. Das Publikum, durch laute Zurufe zur Besonnenheit ermahnt, blieb verhältnismäßig ruhig und hatte in wenigen Minuten das Theater geräumt. So wurde eine Katastrophe, wie sie sich vor vier Jahren während eines anderen Theaterbrandes in Madrid durch die Panik im Publikum ereignet hatte, vermieden. Bei den Löscharbeiten wurden ein Feuerwehrmann und ein Polizist erheblich verletzt. Der Schaden ist sehr beträchtlich, denn es hatte sich um ein besonders schönes Theater in Madrid gehandelt.

5 Motorfischerboote mit 30 Mann untergegangen?

Man befürchtet in Reykjavik (Island), daß 5 Motorfischerboote, die am Sonnabend ausgefahren sind und eine Besatzung von etwa 30 Mann an Bord haben, im Sturm, der am Sonntag an der Küste wütete, untergegangen sind. Motorschiffe und Dampfer, die zur Suche der verschollenen Boote ausgeschickt wurden, haben keine Spur von den Booten finden können.

Ein Gebäude aus der römischen Zeit.

In Tunis (Nordafrika) wurde bei Erdarbeiten in der Nähe der ehemaligen Stadt Musti ein umfangreiches Gebäude freigelegt, das zur Zeit des römischen Kaisers Marc Aurel errichtet sein dürfte und von großem archäologischem Interesse ist.

Meuterei im Osloer Gefängnis.

Im Osloer Landesgefängnis kam es am Dienstag abend zu einer Meuterei der Sträflinge, die mit Hilfe der Polizei niedergeschlagen wurde.

Schlaganfall nach einer Rede.

Die Abgeordnete der Bayrischen Volkspartei im bayrischen Landtag Amann wurde am Dienstag nach einer Rede von einem Schlaganfall betroffen, der sich nachher wiederholte und den Tod herbeiführte.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Lodz-Nord. Donnerstag, den 24. November, um 7 Uhr abends, im Parteilokale, Polna 5, Vertrauensmännersitzung.

Chojny. Donnerstag, 7.30 Uhr, findet im Parteilokal eine Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensmänner statt.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse“ m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101

Deutscher Kultur- und Bildungsverein „FORTSCHRITT“

Am Sonnabend, den 26. November, beginnend von 4 Uhr nachmittags an, veranstalten wir in unserem Vereinslokale, Nawrot-Straße 23, einen

Weihnachts-Basar

zugunsten der Weihnachtsbescherung notleidender deutschen Kinder

Ab 4 Uhr nachmittags bis 8.30 Uhr:

Verkauf nützlicher Weihnachtsgeschenke

Handarbeiten aller Art. Spielwaren. Handtaschen. Sofakissen. Schürzen. Seifen. Parfüm. Bijouterie. Plattierwaren usw. usw. usw. Die vorgenannten Gegenstände sind unter dem Marktpreise erhältlich.

Ab 4 Uhr nachmittags bis 8.30 Uhr:

Unterhaltungsnachmittag

Ausschank von Tee und Kaffee durch die Mitglieder der Frauensektion. Vorzügliche Kuchen. Erstklassige Unterhaltungsmusik.

Eintrittskarten für diese Veranstaltung sind am Eingang erhältlich.

Ab 8.30 Uhr abends:

Abendunterhaltung

Im Programm: Sketch: „Auf dem Freiheitsplatze in Lodz“ (Aufführende Herr und Frau Zerbe), Gesangspiel „Es wird in hundert Jahren wieder Frühling sein“, Männerquartett moderner Lieder (Walzer, Rumba, Tango, Foxtrott), Männerchor. Gemischter Chor. Darauf **Tanz**.

Am darauffolgenden Sonntag, den 27. November, ab 4 Uhr nachmittags in demselben Lokale und für denselben Zweck:

Unterhaltungsnachmittag

An die Besitzer der Eintrittskarten werden 300 schöne und wertvolle Gegenstände zur Verlosung kommen.

Das Programm enthält eine große Anzahl von Ueberraschungen. Nach der Verlosung: Erstklassige Tanzmusik.

Eintrittskarten für den Unterhaltungsnachmittag sind in der Geschäftsstelle der „Lodzer Volkszeitung“, Petrikauer Straße 109, in den Geschäftsstunden erhältlich

Alle Mitglieder und Freunde unserer Bewegung ladet zu den beiden Veranstaltungen ein

der Vorstand.



Sportverein „Rapid“

Sonnabend, den 26. November d. J., um 9 Uhr abends, veranstalten wir in den Räumen des Gesang-Vereins „Eintracht“, Senatorska 7, unser

10. Stiftungsfest

Im Programm: dramatische Darbietungen und Preisverteilung. Zu dieser Feier laden wir alle Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins höfl. ein.

Gute Tanzmusik. **Reichhaltiges Büfett.**

Die Verwaltung.

Evang.-luth. Jünglingsverein der St. Johannisgemeinde

Sienkiewicza 60, 1. Stock.

Sonntag, den 27. November, 5.30 Uhr abends, **Aufführung d. allbeliebten, herrl. Märchens**

„Schneewittchen und die 7 Zwerge“

im 9 Bildern von Dr. Ernst Neitzke, mit Gesang und Musik. Jedermann herzlich willkommen.

Die Verwaltung.



Turnverein „Kraft“

Glowna 17.

Sonnabend, den 26. November, veranstalten wir für unsere Turner eine

SIEGESFEIER

verbunden mit Preisverteilung und turnerischen Vorführungen.

Zu dieser Feier laden wir alle unsere Mitglieder, deren werten Angehörigen sowie Freunde und Gönner unseres Vereins herzlich ein.

Beginn 9 Uhr abends. **Die Verwaltung.**

Für Radioamateure

Nachstehende Lehrmeister-Bücher sind jedem Radiobesitzer zu empfehlen:

Der Lautsprecher	Zl. 0.90
Elemente und Kleinakkumulatoren	„ 0.90
Detektor-Empfänger und Verstärker	„ 1.75
Röhren-Empfänger und Widerstandsverstärker	„ 1.75
Netzanschlußgeräte und Empfänger für Gleich- und Wechselstrom	„ 1.75
Beseitigung von Rundfunkstörungen	„ 1.75

Vorrätig im

Buch- und Zeitschriften-Vertrieb „Volkspresse“

Lodz, Petrikauer 109.

Venerologische Heilanstalt der Spezialärzte

Zawadzka 1.

Von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Sonntags von 9—2 Uhr **nachmittags. Konsultation 3 Zloty.**

Die beste Einkaufsquelle

für den deutschen Werktätigen

in

Spiegeln — Plattierwaren — Musikalien — Tischglas

ist die Firma

GUSTAV TESCHNER

GŁÓWNA 56 (Ecke Juljusza)

Die besten und meistgelesensten

ausländischen

Kalender für 1933

in Buchform:

Wachenhusens Kalender . . .	Zl. 1.25
Bergmanns lust. Bilderkalender	„ 1.25
Der Volksfreund (Lodzer Kalender) .	„ 1.25

empfiehlt den Lesern der „Lodzer Volkszeitung“

Buchvertrieb: „Volkspresse“

Lodz, Petrikauer 109, Tel. 136-90.

Bestellungen nehmen entgegen: Die Zeitungsausträger und in den Nachbarstädten die Vertreter der „Lodzer Volkszeitung“

Warum schlafen Sie auf Stroh?

wenn Sie unter günstigsten Bedingungen, bei wöchentl. Abzahlung von **5 Zloty** an, **ohne Preisaufschlag, wie bei Barzahlung, Matratzen** haben können. (Für alte Kundschaft und von ihnen empfohlenen Kunden **ohne Anzahlung**) Auch **Sofas, Schlafbänke, Tapczans und Stühle** bekommen Sie in feinster und solidester Ausführung Bitte zu besichtigen, ohne Kaufzwang!

Beachten Sie genau die Adresse:

Tapezierer P. Weiß

Sienkiewicza 18

Front, im Laden.

Moderne Küchen-Möbel

Korridor-Einrichtungen sowie **Kinderzimmer** empfiehlt zu den **niedrigsten Preisen** die bekannte Firma

SZ. DZIĘCIARSKI

16 Piotrkowska **16**

im Hofe

Konditorei „PAVILLON“

Sienkiewicza 40

Täglich

Konzert u. Dancing

Kauft aus 1. Quelle



Große Auswahl

Kinderwagen, Metallbettstellen | **Federmatratzen** (Patent), amerik. Wringmaschinen

erhältlich im **Fabrik-Lager**

„DOBROPOL“ Lodz, Piotrkowska 73

Tel. 158-61, im Hofe

Dr. med. NIEWIAZSKI

Facharzt für Haut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

Andrzeja 5, Telephon 159-40

Empfängt von 9—11 und 5—9 Uhr abends Sonn- u. Feiertags von 9—1 Uhr

Für Damen besonderes Wartezimmer

Bibliothek

der Unterhaltung und des Wissens

(57. Jahrgang — 1933.)

Die beste Zeitschrift, reich an Unterhaltungsstoff, wie: Novellen, Erzählungen und Romanen; wissenschaftlichen Abhandlungen, Betrachtungen, Humor und einer Rätselecke.

Jeder Band ist ein Schmuckstück für den Bücherschrank.

Preis mit Zustellung ins Haus Mk. 1.40 pro Band.

Verlangen Sie Probe-Band.

Buch- und Zeitschriftenvertrieb „Volkspresse“

Lodz, Petrikauer Str. 109.

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute: 8.30 Uhr „Jim und Jill“
Kammer-Theater: Heute 9 Uhr „Rembrandt zu verkaufen“
Teatr Popularny: „Walzerzauber“
Jar: Revue: Wettlauf der Sterne

Casino: Blonde Venus
Capitol: Gehenna der Frau
Corso: Die stählerne Hand — Liebe auf dem Scheidewege
Grand-Kino: Liebeskommando
Luna: Berge in Flammen
Metro und Adria: Affen-Schelmereien
Oświatowe: Wohe, es kein Zurück gib — Das lebende Geschoss
Palace: Gute Nacht, Wien
Przedwiośnie: Legion der Straße
Splendid: Lied der Nacht
Sztuka: Die geschiedene Frau